

# EUROBAROMETER 60.1

PUBLIC OPINION IN THE EUROPEAN UNION

## AUTUMN 2003

NATIONAL REPORT

AUSTRIA

The survey was requested and coordinated by the Directorate General Press and Communication.

This report was produced for the European Commission's Representation in Austria.

This document does not represent the point of view of the European Commission.  
The interpretations and opinions contained in it are solely those of the authors.

Inhaltsverzeichnis

1. EXECUTIVE SUMMARY .....	3
2. EINSTELLUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION.....	7
2.1. INFORMATIONEN ÜBER DIE EU .....	7
2.2. BEDEUTUNG, IDENTITÄTSEBENEN, ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN.....	14
2.3. DIE SICHTWEISE DER EU .....	30
2.4. POLITIKPRIORITÄTEN UND KOMPETENZVERTEILUNG.....	49
3. AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK .....	56
4. VERFASSUNG UND SPIELREGELN .....	59
5. SONDERTHEMEN.....	61
5.1. INSTITUTIONENVERTRAUEN UND POLITISCHE INVOLVIERUNG .....	61
5.2. LEBENSZUFRIEDENHEIT UND AUSBLICK .....	64

## 1. EXECUTIVE SUMMARY

1. Die Österreicher fühlen sich über die EU gut informiert – 27% weisen ein hohes, weitere 32% ein mittleres subjektives Informationsniveau auf. Informationen über die EU bezieht man vor allem aus den Massenmedien (Fernsehen vor Tageszeitungen und Radio), wobei das Ausmaß der einschlägigen Berichte durch die heimischen Medien überwiegend als gerade richtig (56%), der Tenor der Berichterstattung von 50% als objektiv charakterisiert wird.
2. Die Europäische Union bedeutet für Herrn und Frau Österreicher speziell EURO (50%) und die Freiheit, überall in der EU zu reisen, zu studieren und zu arbeiten. Danach folgen freilich eine Reihe kritischer Punkte: Geldverschwendung, Arbeitslosigkeit, mehr Kriminalität und Bürokratie. Im europäischen Vergleich sind die positiv konnotierten Bezugspunkte in Österreich deutlich schwächer, die negativ konnotierten deutlich stärker vertreten, wobei letztere im Vergleich zum Frühjahr sichtbar zugenommen haben. Emotional verbindet man in Österreich mit der EU am ehesten Hoffnung (32%), relativ häufig aber auch Sorge (28%) und Misstrauen (27%). Ein Fünftel (21%) gibt Gleichgültigkeit zu Protokoll. 16% nennen Vertrauen, 10% Ablehnung und nur 4% Begeisterung. Negative Emotionen überwiegen so die positiven, während im Schnitt der EU-15 das Gegenteil der Fall ist.
3. 46% der Österreicher sehen sich nur als Österreicher(innen), bei 43% überwiegt die österreichische Identität die europäische. 10% weisen eine überwiegend oder ausschließlich europäische Identität auf. Mehr als zwei Drittel (69%) sind sehr stolz oder ziemlich stolz darauf, Europäer(in) zu sein.
4. Vier von zehn Österreichern sehen die gegenwärtige Geschwindigkeit beim Aufbau Europas als relativ hoch an, gewünscht wird freilich ein etwas höheres Tempo. 45% sprechen sich für die Entwicklung in Richtung einer Europäischen politischen Union aus, 35% dagegen und 20% beziehen keine Stellung. Die Österreicher zeigen sich diesbezüglich erkennbar skeptischer als das Gros der Bürger in anderen Mitgliedstaaten.
5. Am Vorabend der EU-Erweiterung treten 19% für eine Erweiterung um alle beitrittswilligen Länder und 43% für eine Erweiterung um einige Länder ein; 27% lehnen die Erweiterung dezidiert ab.
6. Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU wird von 35% als gute Sache und von 20% als schlechte Sache bewertet, 42% meinen sie sei weder gut noch schlecht. 40% sehen in der Mitgliedschaft in der EU insgesamt einen Vorteil für Österreich, 45% einen Nachteil (15% weiß nicht). Seit dem Herbst 2002 hat sich das diesbezügliche Meinungsbild

verschlechtert. Das Image der EU bezeichnen 31% als positiv, 25% als negativ und 38% als neutral.

7. Vertrauen genießen speziell der Europäische Gerichtshof (58%), die Europäische Zentralbank (52%) und das Europa-Parlament (50%). Knapp die Hälfte vertraut auch dem Europäischen Rechnungshof (47%) und etwas weniger der Kommission (42%); der Ministerrat kommt auf 38%. Etwa gleichviel Vertrauen wie Misstrauen wird dem Europäischen Ombudsmann, dem Regionalausschuss und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss entgegengebracht. Bei den meisten Institutionen fällt die Vertrauensbilanz ähnlich niedrig aus wie im Frühjahr, im Falle der Kommission hat sie sich neuerlich verschlechtert.
8. Als wichtigstes Thema, dem sich Österreich stellen muss, gilt die Arbeitslosigkeit, gefolgt von Pensionen, der wirtschaftlichen Situation und Kriminalität. Eine mittlere Wertigkeit nehmen Gesundheitssystem und steigende Preise ein, erkennbar auch Einwanderung, öffentlicher Verkehr und Besteuerung. Problematisch erscheint, dass die Rolle der EU bei den beiden Fragen, die den Österreichern am meisten unter den Nägeln brennen, überwiegend negativ (Arbeitslosigkeit) bzw. irrelevant bis negativ (Pensionen) gesehen wird. Mit dem Funktionieren der Demokratie in Europa zeigen sich 45% zufrieden und 44% unzufrieden. Die nationale Demokratiezufriedenheit liegt mit 55% erkennbar höher.
9. Bei aller Skepsis gegenüber der EU in substantiellen Politikbereichen, die auch das eigene Land betreffen, schreibt man ihr im Weltmaßstab doch eine viel bessere Rolle zu als den Vereinigten Staaten. Dies gilt vor allem für die Rolle der EU hinsichtlich des Friedens in der Welt, des Kampfes gegen den Terrorismus und dem Einsatz für Umweltschutz.
10. An inhaltlichen Aktivitäten der EU will man vor allem den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa, Umweltschutz, den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, den Kampf gegen Terrorismus, den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Drogenhandel, Qualitätsgarantien für Nahrungsmittel und den Kampf gegen illegale Einwanderung bevorzugt behandelt wissen.
11. Über drei Viertel (76%) wollen, dass sich die Europäische Kommission aus Kommissaren von jedem Mitgliedstaat zusammensetzt. 72% sind für den Rücktritt des Präsidenten der Europäischen Kommission und der Kommissare falls diese nicht das Vertrauen einer Mehrheit im Europa-Parlament haben. 67% befürworten eine Europäische Währungsunion mit einer einheitlichen Währung und 65% eine gemeinsame Außenpolitik der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber anderen Ländern. Mehrheitlich befürwortet man zudem eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedsstaaten (64%).

12. Die überwiegende Mehrheit spricht sich für einen Ausbau der gemeinsamen Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik aus. Spezielle Anliegen sind eine von den USA unabhängige Außenpolitik der EU, die Wahrung der Menschenrechte, die Vertretung eines gemeinsamen Standpunktes der EU-Mitgliedsländer im Krisenfall, ein Mitspracherecht der neutralen Mitgliedsländer in der EU-Außenpolitik und eine gemeinsame Einwanderungspolitik der EU.
13. Wie in den Vorjahren befürworten zwei Drittel (64%) der österreichischen Befragten, dass die Europäische Union eine Verfassung haben sollte, die gegenteilige Ansicht vertreten nur 6%. Dies bedeutet jedoch keine Zustimmung zum Konventsentwurf. Hinsichtlich der Frage des Ratsvorsitzes wollen 44% eine Beibehaltung des derzeitigen Modus, wonach alle 6 Monate der Vorsitz gewechselt wird, um jedem Mitgliedsstaat die Möglichkeit zu geben, regelmäßig die Präsidentschaft zu übernehmen, 36% befürworten eine Verlängerung der Zeit der Präsidentschaft (20% keine Angabe). Im Schnitt der EU-15 stellt sich das Meinungsbild spiegelverkehrt dar.
14. Das nationale Vetorecht bei den wichtigsten und heikelsten Entscheidungen sollte nach Ansicht von 62% beibehalten werden, um wesentliche nationale Interessen zu schützen; 20% wollen eine Beschränkung des Veto-Rechtes auf einige wichtige Bereiche und 6% wollen es generell abgeschafft wissen, um die EU effizienter zu machen. Die Österreicher zählen zu den stärksten Befürwortern des Vetorechts, das generell speziell in den kleineren Mitgliedsstaaten geschätzt wird.
15. Die Österreicher setzen viel Vertrauen in die staatlichen Institutionen (Polizei, Justiz, Rechtssystem, öffentliche Verwaltung), ferner in das Bundesheer und die elektronischen Medien sowie in Wohltätigkeits- und ehrenamtliche Organisationen. Mehr Vertrauen als Misstrauen bekundet man auch für die UNO, sowie ansatzweise für die Printmedien. Beim Nationalrat halten Vertrauen und Misstrauen einander die Waage. An einem leichten Vertrauensdefizit laboriert die Bundesregierung, die religiösen Institutionen und die Gewerkschaft, an einem starken die EU, große Firmen und vor allem die politischen Parteien. Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-15 bringt man den meisten staatlichen Institutionen und den Medien, aber auch den wettbewerbsorientierten politischen Institutionen mehr Vertrauen entgegen, der EU hingegen weniger.
16. Für das kommende Jahr 2004 erwarten sich jeweils ca. zwei Drittel keine Verminderung für ihr Leben im allgemeinen und für ihre persönliche Berufssituation; wo Veränderungen erwartet werden eher solche zum Positiven. In Bezug auf die finanzielle Situation des Haushaltes der Befragten vermuten gleichfalls zwei Drittel ein Gleichbleiben, 17% eine Verbesserung, 15% eine Verschlechterung. Diese vergleichsweise konstant bis leicht optimistisch gefärbte Sicht der persönlichen Verhältnisse kontrastiert mit der

EUROBAROMETER 60.1  
Austria

Einschätzung der allgemeinen Perspektive für Österreich: 44 % befürchten eine Verschlechterung der Arbeits(markt)situation in Österreich (35% gleichbleibend, 15% Verbesserung), 32% eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im Land (46% gleichbleibend, 17% Verbesserung).

## 2. EINSTELLUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

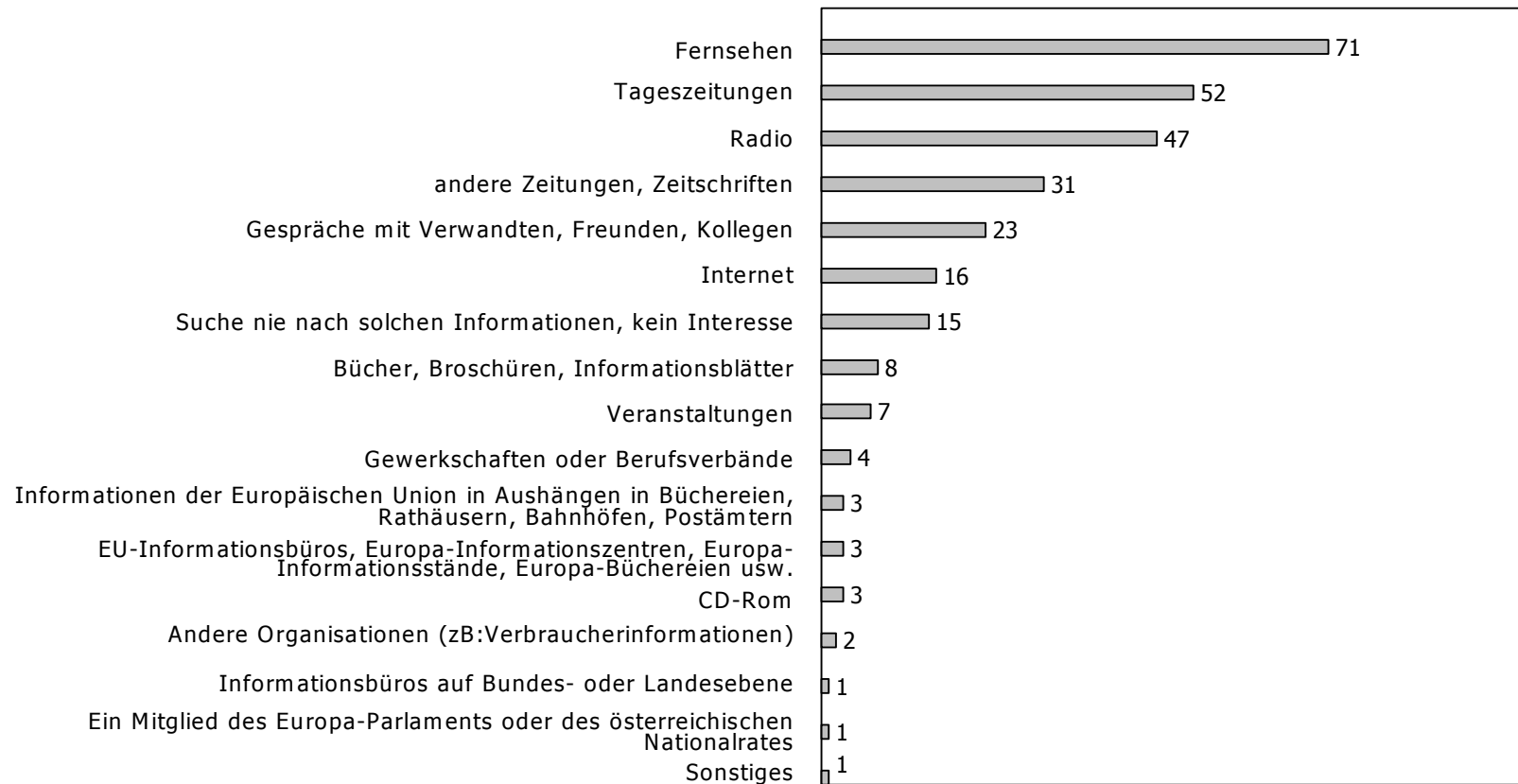
Traditionell nimmt Österreich im EU-Vergleich den Spitzenplatz im Hinblick auf das subjektive Informationsniveau über die EU, ihre Politik und Institutionen ein: auf einer 10-stufigen Skala von 1,0 (=weiß überhaupt nicht) bis 10,0 (=weiß sehr viel) entfällt auf die österreichischen Befragten ein Mittelwert von 5,25 (EU-15 Durchschnitt 4,36), das ist EU-weit das höchste subjektive Informationsniveau ( es folgen Schweden, Dänemark und Deutschland).

Wer derzeit nach Informationen über die EU, ihre Politik und Institutionen sucht (16% haben dafür kein Interesse), findet diese primär im Fernsehen (71%), in den Tageszeitungen (52%) und im Radio (47%). Es folgen Zeitschriften oder andere Zeitungen (31%), persönliche Gespräche (23%), Internet (15%) sowie Bücher, Broschüren und Informationsblätter (8%).

Informationen über die EU wünscht man vor allem vom Fernsehen (61%), von Tageszeitungen (45%) und vom Radio (40%). Ein Fünftel hätte am liebsten ein kurzes, überblickhaftes Merkblatt oder eine detaillierte Broschüre. Es folgen Zeitschriften und das Internet. 6 % wollen dezidiert keine Informationen.

## Genutzte Informationsquellen

**Frage 16: Welche der folgenden Quellen nutzen Sie, wenn Sie nach Informationen über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Einrichtungen suchen?**



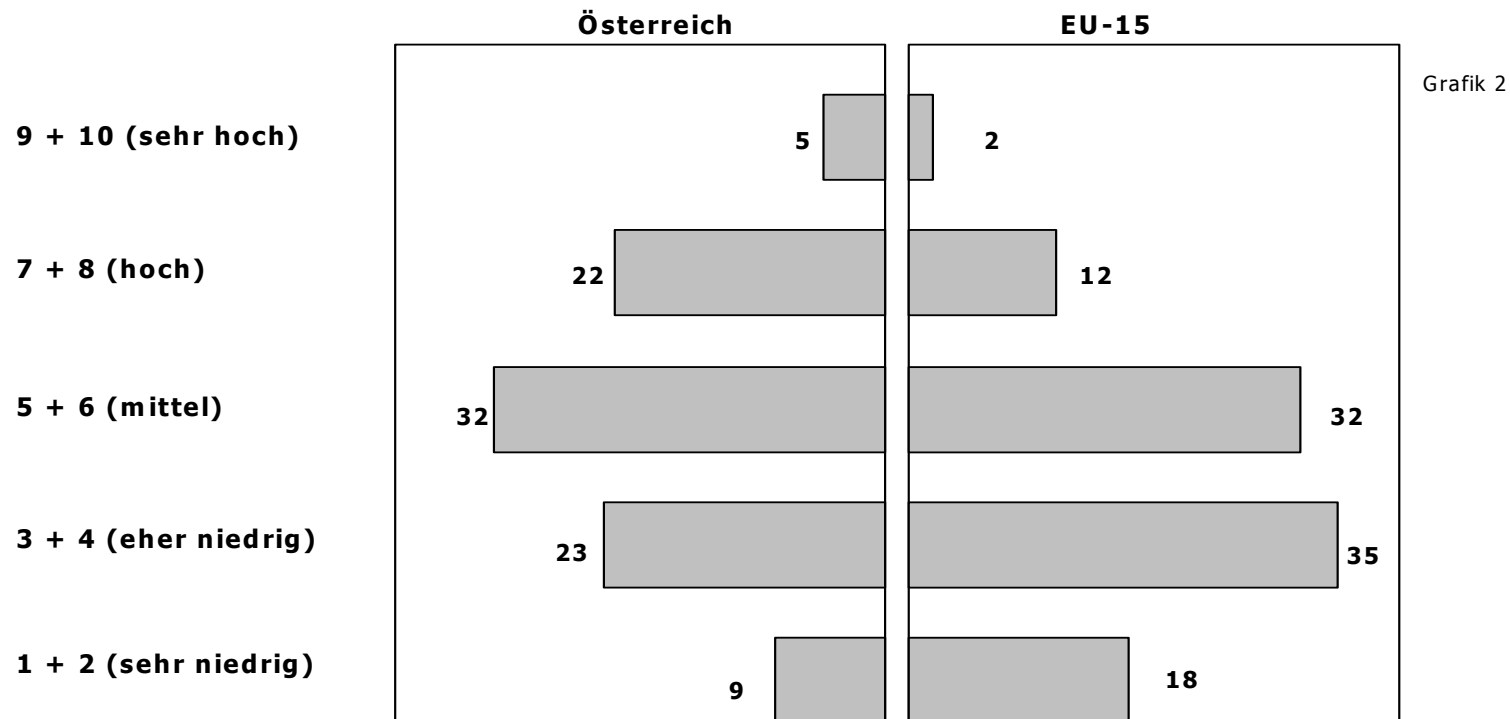
Grafik 1





## Subjektives Informationsniveau über die EU

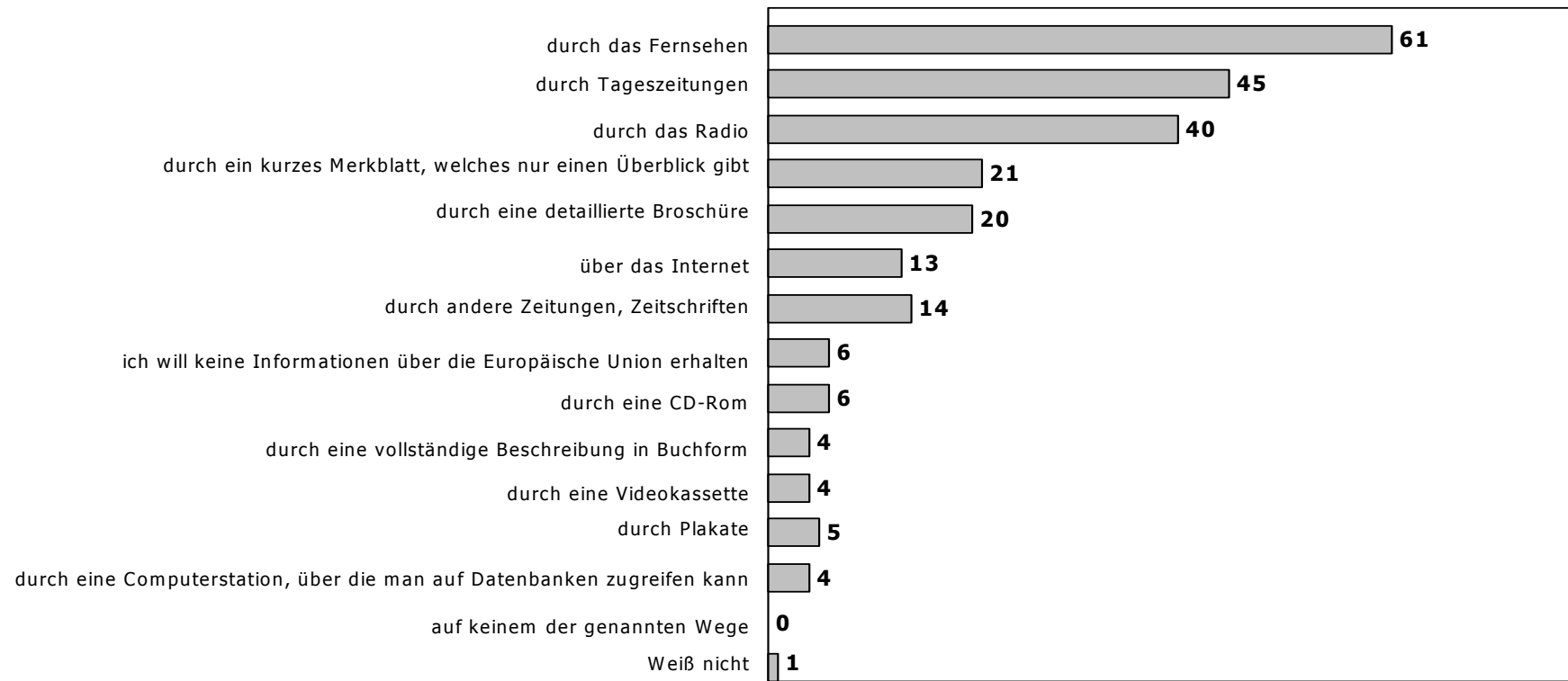
**Frage 15: Stufen Sie bitte anhand dieser Skala ein, wie viel Sie über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Einrichtungen wissen. 1 bedeutet – weiß überhaupt nichts; 10 bedeutet – weiß sehr viel**



## Gewünschte Informationsquellen

**Frage 17: Ganz allgemein, wie würden Sie Informationen über die Europäische Union am liebsten bekommen?**

Grafik 3



Quelle: EUROBAROMETER 60.1 - 2003

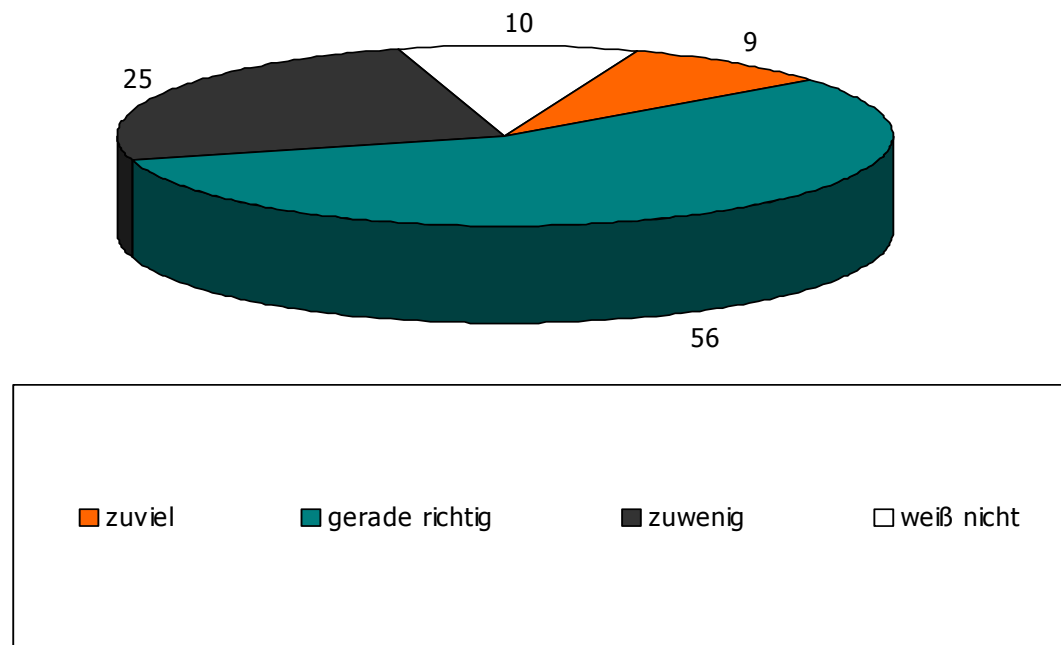
EUROBAROMETER 60.1  
Austria

Überwiegend glaubt man, dass die österreichischen Medien gerade richtig (56%) über die Europäische Union berichten, 25% monieren zuwenig, 9% zu viel Information . Die einschlägige Berichterstattung charakterisieren 50% als objektiv, 28% als zu positiv und nur 6% als zu negativ.

## Medienberichte

**Frage 18: Ganz allgemein, glauben Sie, dass die österreichischen Medien zu viel, gerade richtig oder zu wenig über die Europäische Union berichten?**

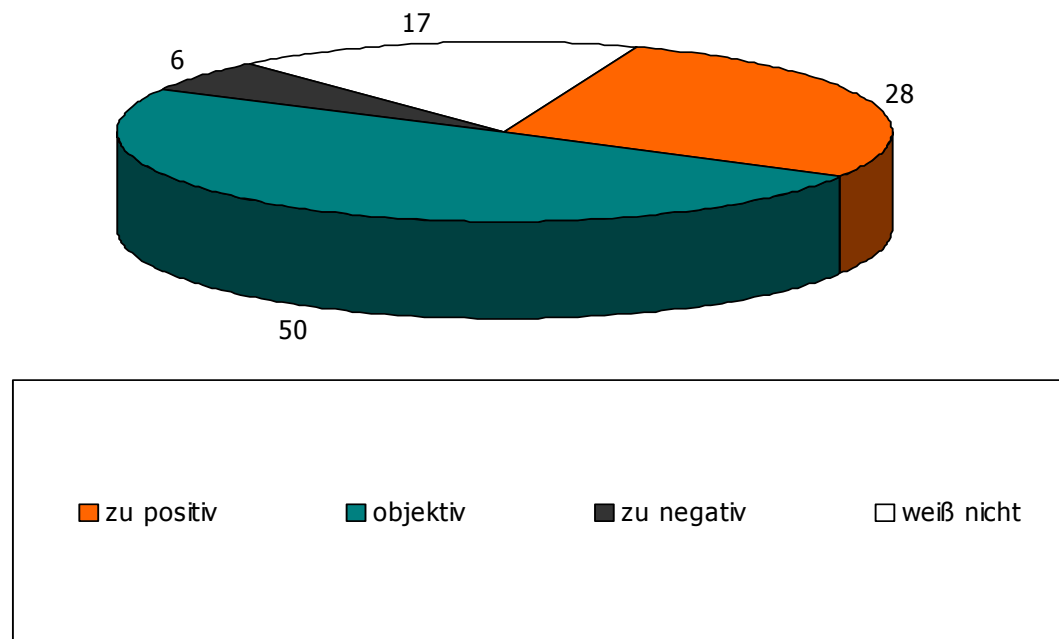
Grafik 4



## Mediendarstellung

**Frage 19: Und glauben Sie, dass die österreichischen Medien die Europäische Union zu positiv, objektiv oder zu negativ darstellen?**

Grafik 5



Die Europäische Union bedeutet für Herrn und Frau Österreicher speziell EURO (50%) und die Freiheit, überall in der EU zu reisen, zu studieren und zu arbeiten (36%). Danach folgen freilich eine Reihe kritischer Punkte: Geldverschwendung (38%), Arbeitslosigkeit (32%), mehr Kriminalität (34%) und Bürokratie (33%). Jeweils knapp ein Viertel nennen Frieden (24%), stärkere Mitsprache in der Welt (23%) und kulturelle Vielfalt (22%), aber auch nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen (24%), jeweils gut ein Zehntel wirtschaftlichen Wohlstand (12%), soziale Sicherheit (10%) oder den Verlust der kulturellen Identität (14%). Im europäischen Vergleich sind die positiv konnotierten Bezugspunkte in Österreich deutlich schwächer, die negativ konnotierten deutlich stärker vertreten, wobei letztere im Vergleich zum Frühjahr sichtbar zugenommen haben.

### **Tabelle: Bedeutung der EU im EU-Vergleich**

„Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?“

In Prozent (Mehrfachnennungen)	Österreich	EU-15
EURO	50	48
Reise- Studien- und Arbeitsfreiheit in der EU	36	49
Friede/stärkere Mitsprache in der Welt/kulturelle Vielfalt/wirtschaftlicher Wohlstand/soziale Sicherheit	91 } 127	116 } 165
Geldverschwendung	38	24
Arbeitslosigkeit/mehr Kriminalität/Bürokratie/nicht genug Kontrolle an Außengrenzen/Verlust von kultureller Identität	137 } 175	91 } 115

Quelle: EUROBAROMETER 60.1 (Herbst 2003)

Emotional verbindet man in Österreich mit der EU am ehesten Hoffnung (32%), relativ häufig aber auch Sorge (28%) und Misstrauen (27%). Ein Fünftel (21%) gibt Gleichgültigkeit zu Protokoll. 16% nennen Vertrauen, 10% Ablehnung und nur 4% Begeisterung. Negative Emotionen überwiegen so die positiven, während im Schnitt der EU-15 das Gegenteil der Fall ist.

### **Tabelle: Emotionale Assoziationen zur EU im EU-Vergleich**

„Gibt Ihnen persönlich die Europäische Union das Gefühl von ...?“

In Prozent (Mehrfachnennungen)	Österreich	EU-15
Hoffnung	32	38
Vertrauen	16	20
Begeisterung	4	6
Gleichgültigkeit	21	21
Sorge	28	18
Misstrauen	27	19
Ablehnung	10	6

Quelle: Eurobarometer 60.1 (Herbst 2003)

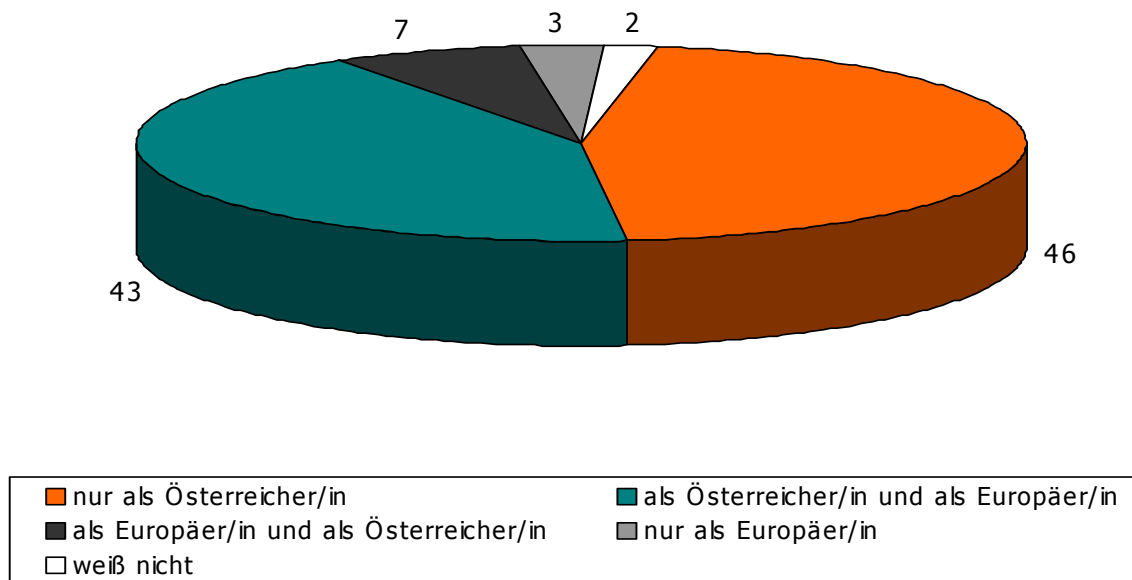
In der nahen Zukunft sehen sich 46% der Österreicher nur als Österreicher(innen), 43% als Österreicher und Europäer, 7% als Europäer und Österreicher und 3% nur als Europäer(innen). Eine primär oder ausschließlich europäische Identität weisen somit 10% auf, ein Wert der sich seit dem EU-Beitritt 1995 nur unwesentlich erhöht hat. EU-weit sind ausschließlich nationalstaatliche Identitäten geringer verbreitet als in Österreich, doch verbergen sich hinter diesem Durchschnittswert starke nationale Schwankungen. Soziodemografisch gesehen entsprechen die österreichischen Differenzen jenen der anderen EU-Länder: eine primär oder ausschließlich europäische Identität findet sich häufiger in den oberen Bildungsschichten, bei jungen Menschen und im urbanen Bereich.



## Nationale und Europäische Identität

Frage 43: In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da ...?

Grafik 6



EUROBAROMETER 60.1  
Austria

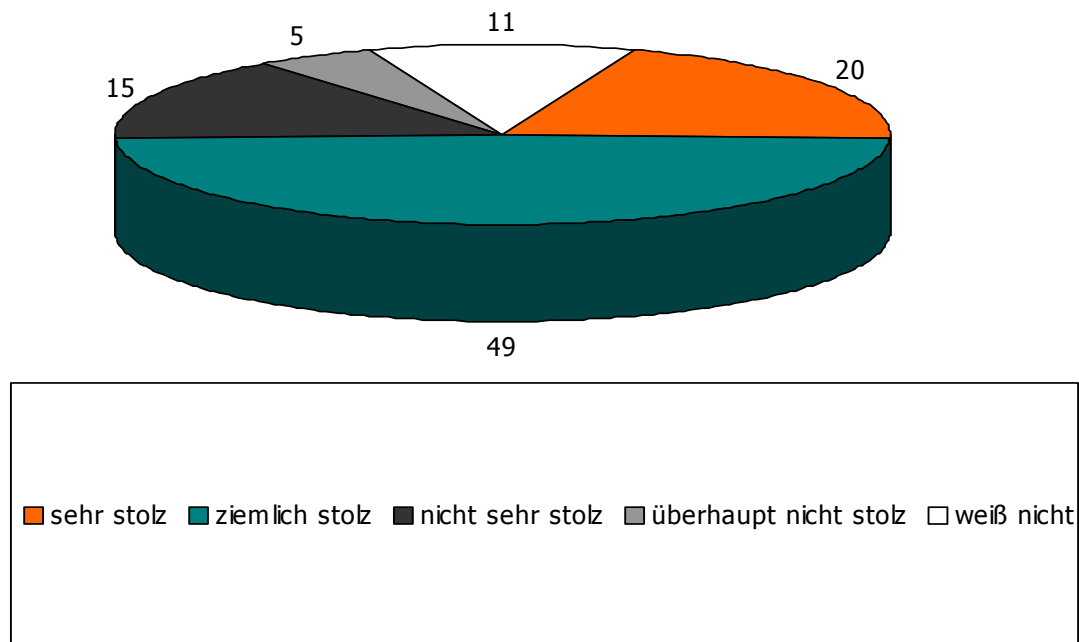
Stolz darauf Europäer/Europäerin zu sein, bekunden 69% (20% sehr stolz, 49% ziemlich stolz), ein Fünftel ist nicht sehr stolz (15%) oder gar nicht stolz (5%). Andererseits sind 53% der Österreicher sehr stolz und weitere 35% ziemlich stolz darauf, Österreicher(in) zu sein. Wenig oder kein Nationalstolz ist nur für 6% charakteristisch.

In erster Linie fühlen sich die Österreicher mit dem Dorf/der Stadt, in der sie wohnen, verbunden (65% sehr verbunden), gefolgt von Österreich und ihrer Region (jeweils 58%). Die Verbundenheit mit Europa fällt deutlich geringer aus (23% sehr verbunden), rangiert aber im EU-Vergleich im Spitzenfeld (die Verbundenheit mit dem eigenen Land eher im Mittelfeld der Mitgliedstaaten). Die Verbundenheit mit der EU hat nach einer deutliche Abnahme von 2000 auf 2002 rezent wieder zugenommen.

## Europabewußtsein

**Frage 45: Und würden Sie sagen, sind Sie sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz, eine Europäerin/ein Europäer zu sein?**

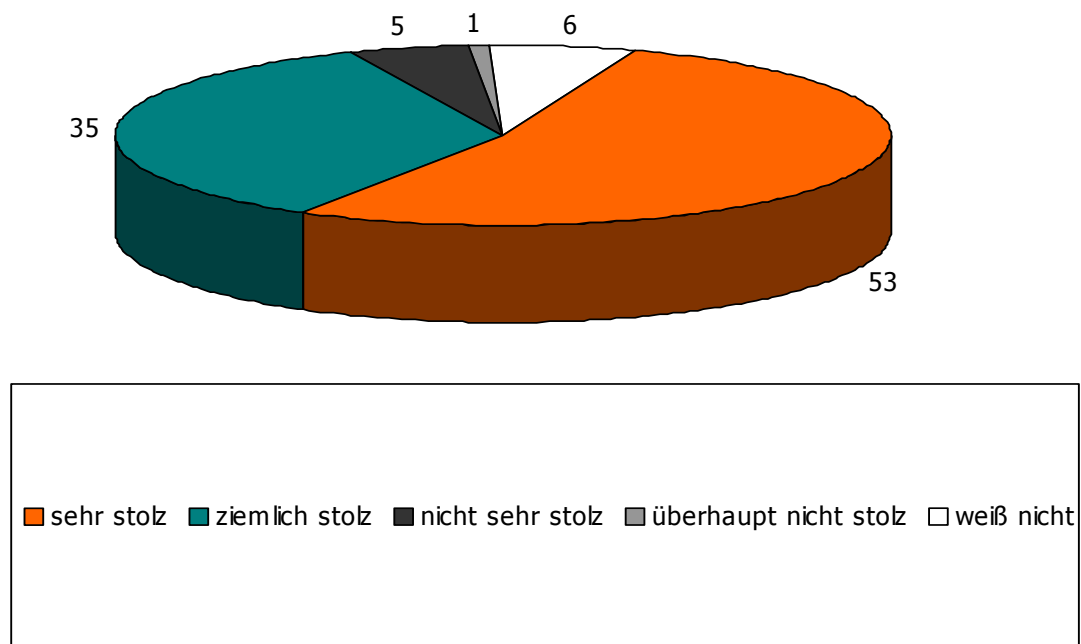
Grafik 7



## Nationalbewußtsein

**Frage 44: Würden Sie sagen, sind Sie sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz, ein/e Österreicher/in zu sein?**

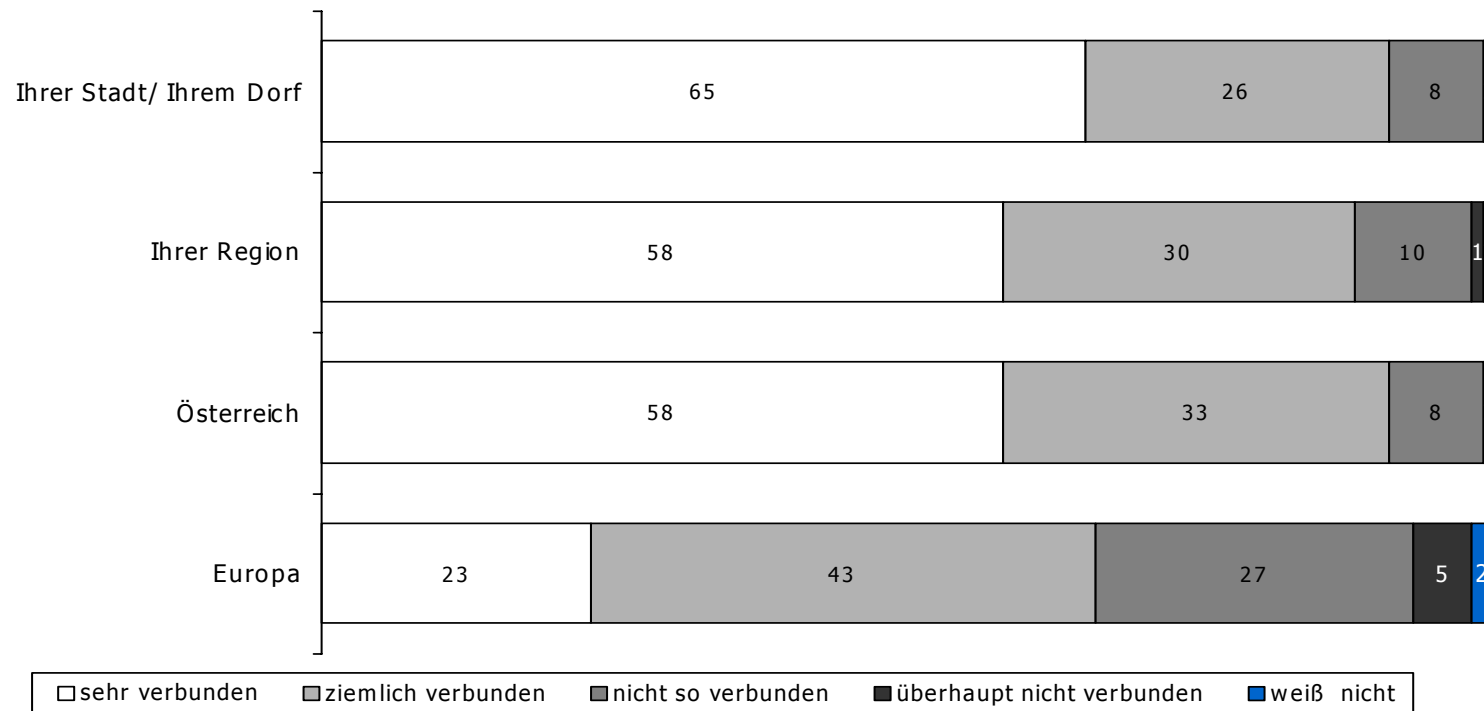
Grafik 8



# Verbundenheit

**Frage 46: Menschen fühlen sich unterschiedlich verbunden mit ihrer Stadt, ihrem Dorf, mit ihrer Region, mit ihrem Land oder mit Europa. Sagen Sie mir bitte wie verbunden Sie sich fühlen mit...**

Grafik 9



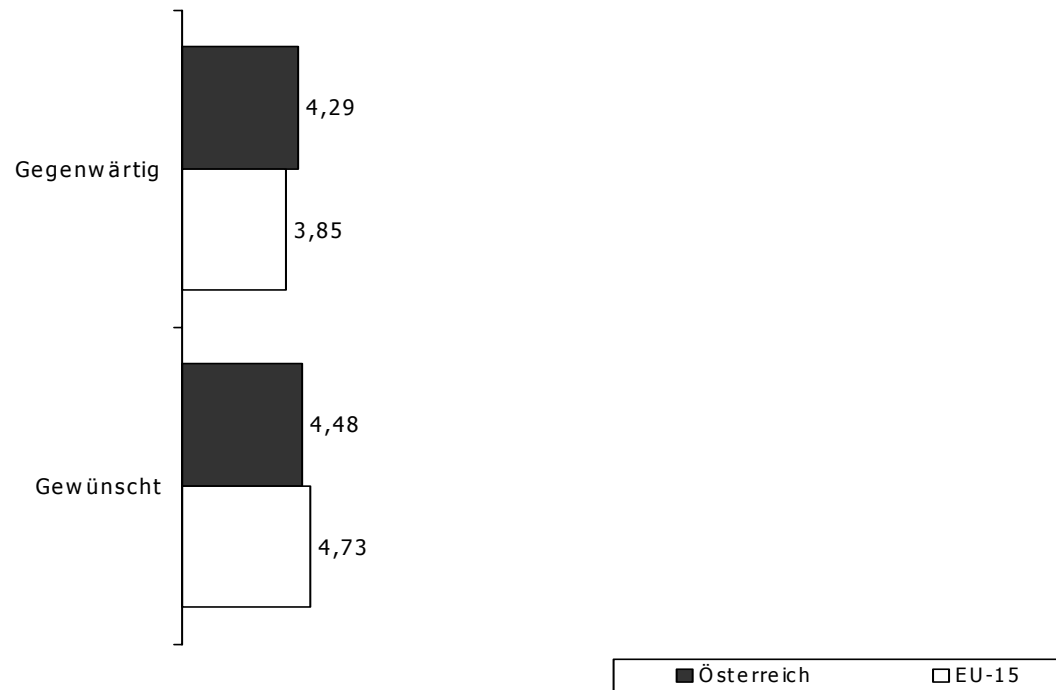
Quelle: EUROBAROMETER 60.1 - 2003

Vier von zehn Österreichern (39%) sehen die gegenwärtige Geschwindigkeit beim Aufbau Europas als relativ hoch an (Werte 5, 6, 7 auf einer 7-stufigen Skala von 1,00 = Stillstand bis 7,00 = läuft so schnell wie möglich), 23% als mittel (Wert 4) und 25% als eher langsam bis nicht wahrnehmbar (Werte 1-3). Dies entspricht grob den Werten vom Dezember 2001 (EB 56.2) und ist deutlich höher als in den Jahren 1999 und 2000. Gewünscht wird freilich ein etwas höheres Tempo: 44% (Werte 5, 6, 7) hätten das Tempo gerne recht flott, 16% mittel (Wert 4) und 24% langsam bis gar nicht (Wert 1-3), ähnlich wie 2001. In den meisten EU-Staaten sehe man gerne eine höhere Geschwindigkeit als dies derzeit der Fall ist, doch fällt die Differenz im Regelfall größer aus als in Österreich, sprich: die aktuelle Geschwindigkeit wird in Österreich deutlich höher eingeschätzt als im Schnitt der EU-15, die gewünschte Geschwindigkeit hierzulande geringer angesehen als in vielen anderen Ländern.

## Gegenwärtige und gewünschte Geschwindigkeit beim Aufbau Europas

**Frage 12a+b: Wie hoch ist Ihrer Meinung nach die gegenwärtige Geschwindigkeit des Aufbaus Europas? Und welche Geschwindigkeit würden Sie sich wünschen?**  
**1,00 = Stillstand bis 7,00 = so schnell wie kann**

Grafik 10



EUROBAROMETER 60.1  
Austria

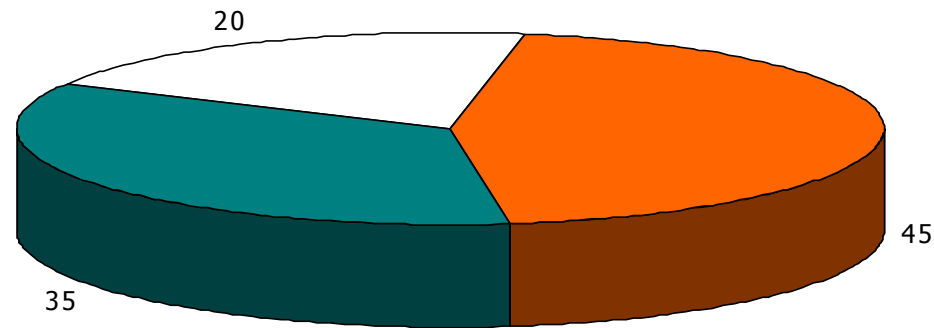
45% sprechen sich für die Entwicklung in Richtung einer Europäischen politischen Union aus, 35% dagegen und 20% beziehen keine Stellung. Die Österreicher zeigen sich diesbezüglich erkennbar skeptischer als das Gros der Bürger in anderen Mitgliedstaaten (EU-Durchschnitt: 53% dafür, 26% dagegen), wenngleich positiver als die Deutschen, Schweden und das United Kingdom, wo sich jeweils Mehrheiten gegen eine politische Union aussprechen.



## Entwicklung Europäische politische Union

**Frage 13: Sind Sie persönlich für oder gegen die Entwicklung in Richtung einer Europäischen politischen Union?**

Grafik 11



■ dafür

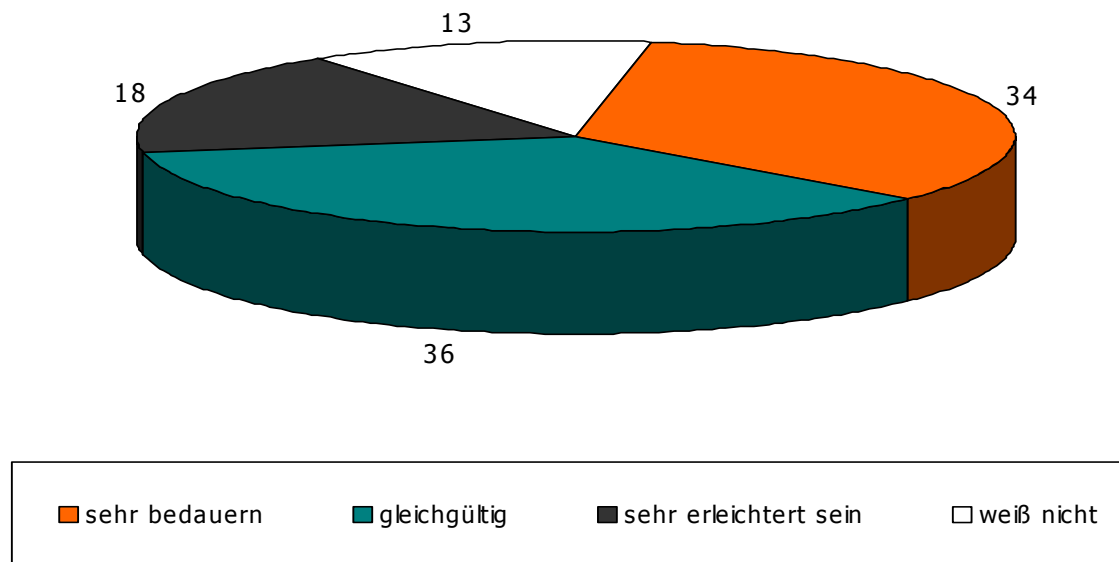
■ dagegen

□ weiß nicht

## Scheitern der Europäischen Union

**Frage 14: Wenn man Ihnen morgen erzählen würde, dass die Europäische Union gescheitert ist, würden Sie es sehr bedauern, wäre es Ihnen gleichgültig oder würden Sie sehr erleichtert sein?**

Grafik 12



EUROBAROMETER 60.1  
Austria

Ein Scheitern der Europäischen Union würde 36% gleichgültig lassen, 34% würden es sehr bedauern, 18% wären darüber sehr erleichtert (13% keine Angabe). Der Prozentsatz von „sehr bedauern“ ist – nach einem deutlichen Einbruch 2001, vermutlich eine Spätfolge der Sanktionen oder Maßnahmen der EU-14 gegen Österreich – kontinuierlich angestiegen (1998: 38%, 2001: 25%, 2002: 31%, 2003: 34%); freilich wären 2003 mehr Österreicher erleichtert als im Vorjahr (2002: 12%, 2003: 18%). Österreich bewegt sich hier im Mittelfeld der Mitgliedstaaten.

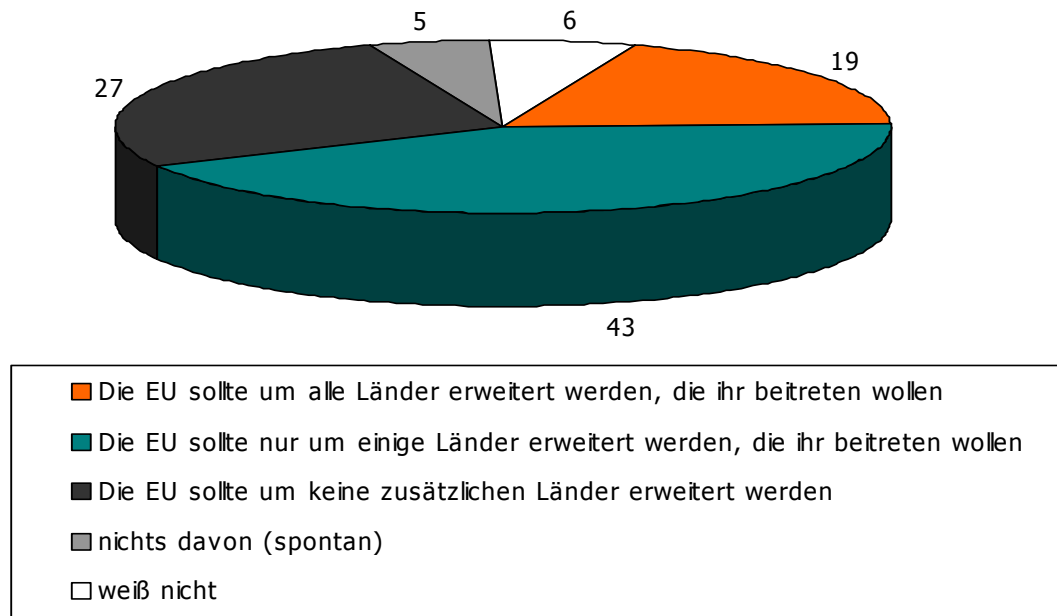
EUROBAROMETER 60.1  
Austria

Am Vorabend der EU-Erweiterung treten 19% für eine Erweiterung um alle beitrittswilligen Länder und 43% für eine Erweiterung um einige Länder ein; 27% lehnen die Erweiterung dezidiert ab. Im Frühjahr 2003 betrugen die entsprechenden Prozentsätze 20% (alle), 46% (einige) und 24% (keine Erweiterung). Die Österreicher erweisen sich damit als etwas erweiterungskritischer als der Durchschnitt der EU-15 und bewegen sich in einer ähnlichen Größenordnung wie die (West-) Deutschen; ein wesentlich höherer Anteil von dezidierten Erweiterungsgegnern findet sich in Frankreich, Belgien und Luxemburg. Der leichte Anstieg von Erweiterungsgegnern ist wesentlich auf das unmittelbare Bevorstehen der Erweiterung zurückzuführen, die früher eher abstrakte Möglichkeit ist nun sehr konkret.

## Einstellung zur Erweiterung

**Frage 34: Welche dieser drei Möglichkeiten bevorzugen Sie für die nähere Zukunft der Europäischen Union?**

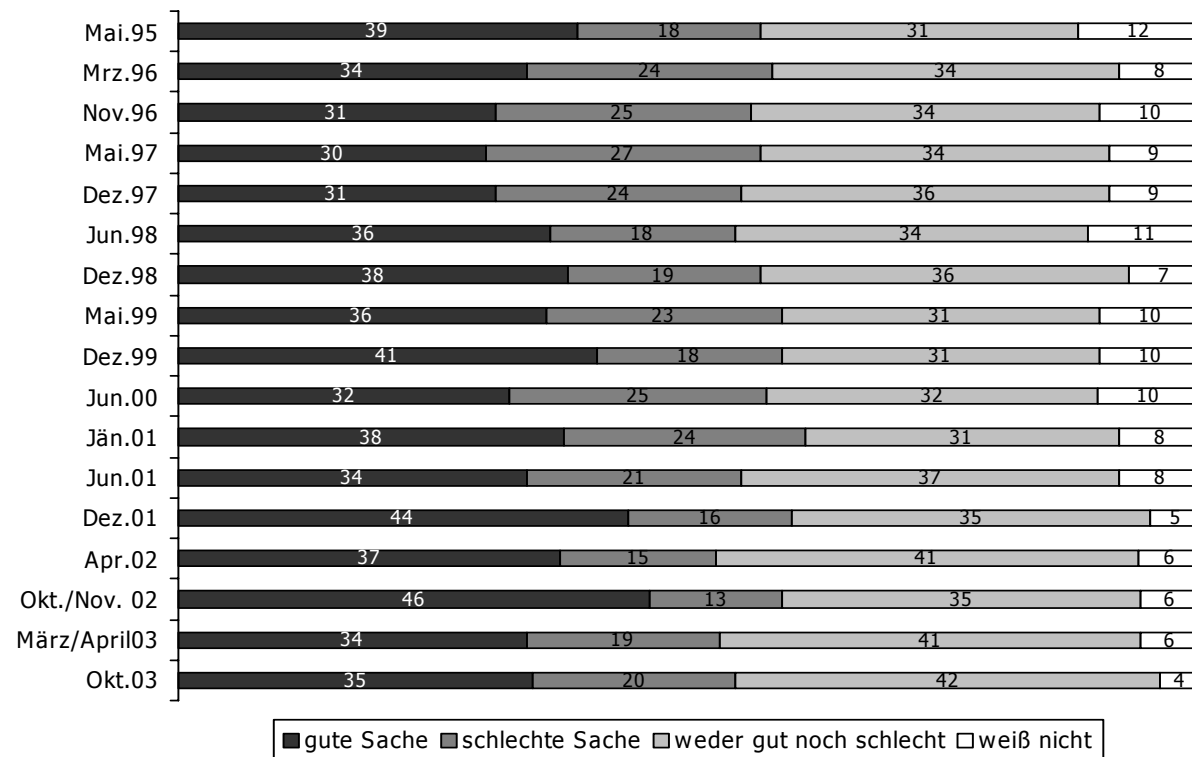
Grafik 13



Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU wird von 35% als gute Sache und von 20% als schlechte Sache bewertet, 42% meinen sie sei weder gut noch schlecht. 40% sehen in der Mitgliedschaft in der EU insgesamt einen Vorteil für Österreich, 45% einen Nachteil (15% weiß nicht). Im Zeitverlauf hat sich das Meinungsklima bei diesen Fragen wie folgt entwickelt: auf die anfängliche Euphorie unmittelbar nach dem Beitritt 1995 erfolgt 1996 bis 1997 eine gewisse Ernüchterung. Danach verbessern sich die Werte wieder, um im Frühjahr 2000 (Maßnahmen bzw. Sanktionen der EU-14) einen massiven Einbruch zu erleiden. Auf eine neuerliche Erholungsphase (2001) tritt seit dem Herbst 2002 eine kontinuierliche Verschlechterung ein. In beiden Punkten erweist sich die Bewertung in den jüngeren Altersgruppen und bei den besser Gebildeten signifikant positiver als bei älteren und weniger gebildeten Menschen. Frauen äußern sich weniger positiv als Männer. Ein knappes Drittel gibt an, dass die EU für ihn oder sie ein sehr positives (9%) oder ziemlich positives (22%) Image habe, ein Viertel verweist auf ein ziemlich (20%) oder sehr negatives (5%) Image; am stärksten verbreitet ist mit 38% ein neutrales Image. Österreich liegt in der generalisierten Bewertung der Union unter dem Schnitt der EU-15, in einer ähnlichen Größenordnung wie Finnland, positiver als Schweden.

## EU-Mitgliedschaft: gut – schlecht (1995-2003)

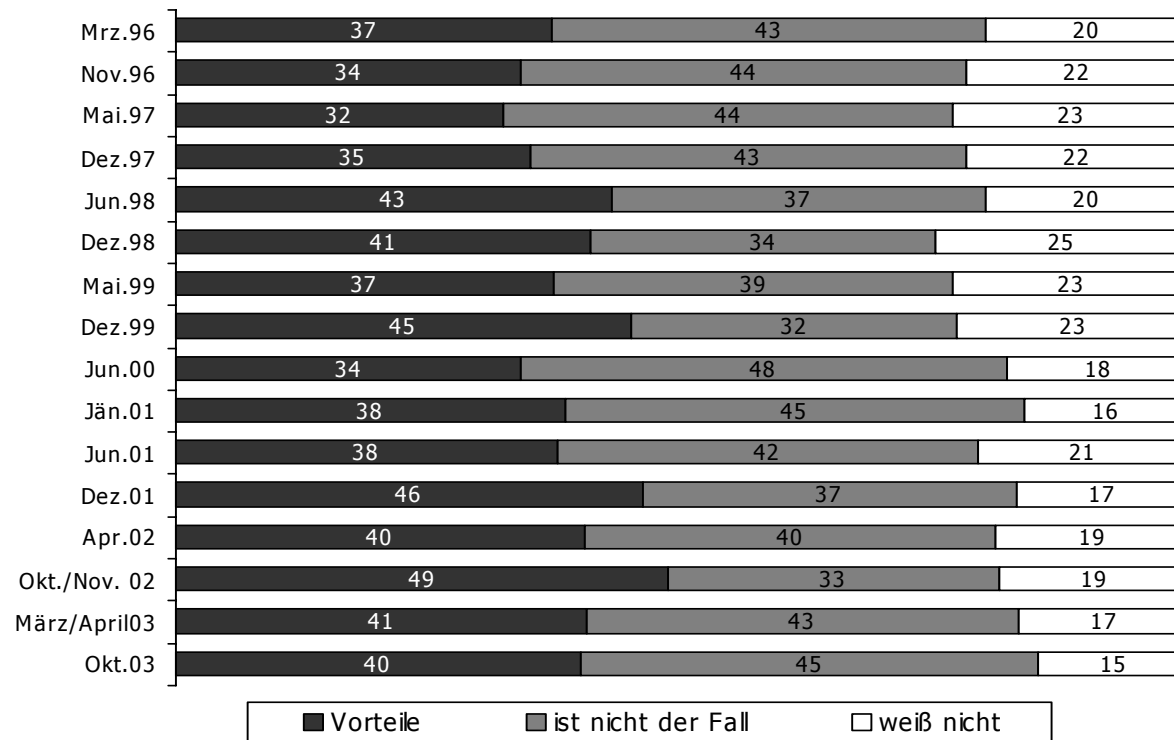
**Frage 7: Allgemein gesehen, ist die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?**



Quelle: EUROBAROMETER 60.1 - 2003

## Vorteile durch EU-Mitgliedschaft (1996-2003)

**Frage 8: Hat Ihrer Meinung nach Österreich insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile oder ist das nicht der Fall?**



Grafik 15

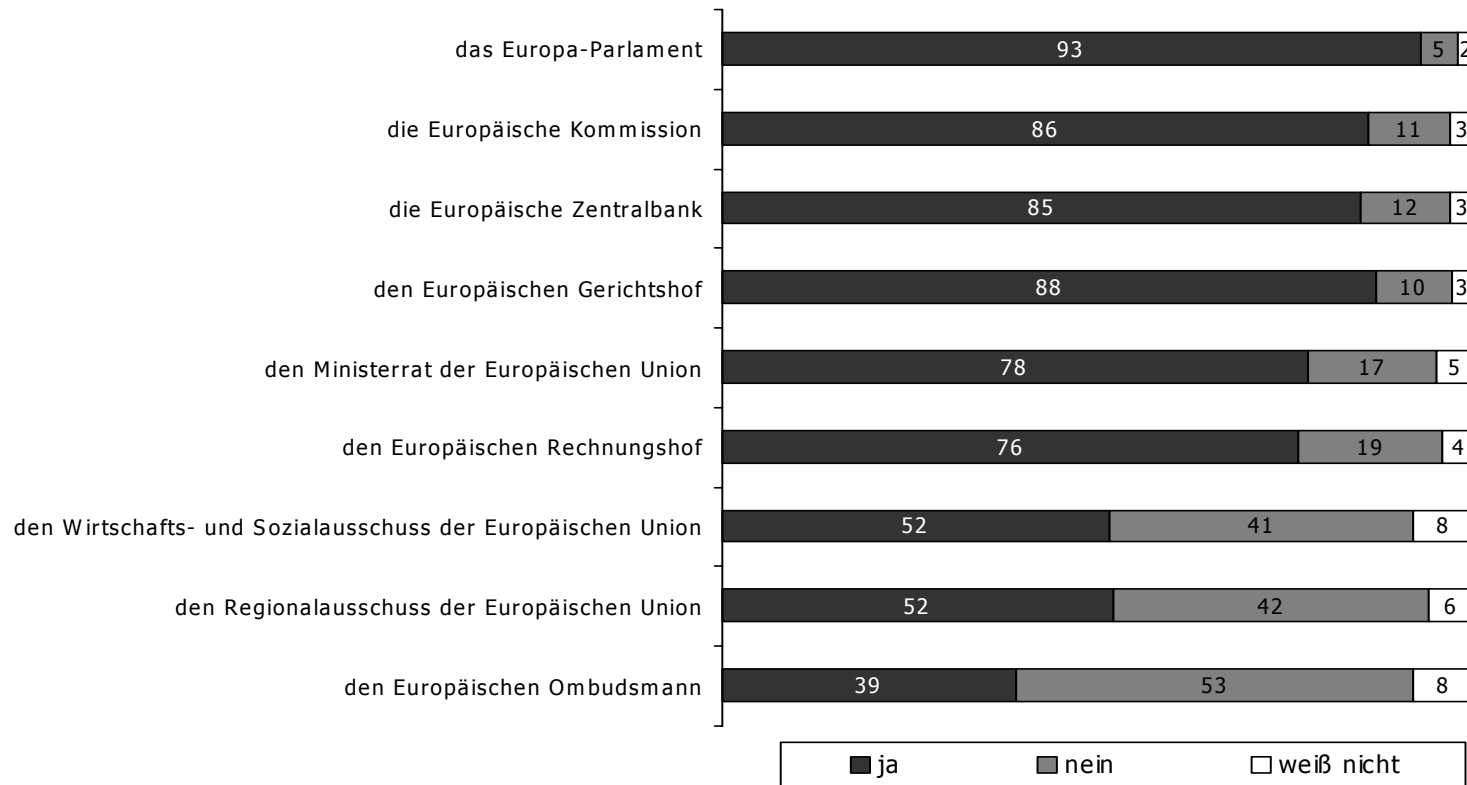


Von den EU-Institutionen weisen das Europa-Parlament mit 93%, die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und der Europäische Gerichtshof (jeweils über der 80-Prozent Marke) die höchste (gestützte) Bekanntheit auf, es folgen der Ministerrat der EU und der Europäische Rechnungshof (jeweils mehr als drei Viertel). Weit geringer ist die Bekanntheit des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Regionalausschusses und des Europäischen Ombudsmannes.

Eine wichtige Rolle im Leben der EU spricht man vor allem dem Parlament (78%), der Kommission (76%), der Zentralbank (76%) und dem Europäischen Gerichtshof zu (76%); zudem dem Rechnungshof und dem Ministerrat. Weniger als Hälfte erachten Regionalausschuss, Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ombudsmann für bedeutsam. Für alle Institutionen gilt, dass ihnen in etwa gleich viel Bedeutung zugeschrieben wird wie im Frühjahr.

## Bekanntheit Europäische Institutionen

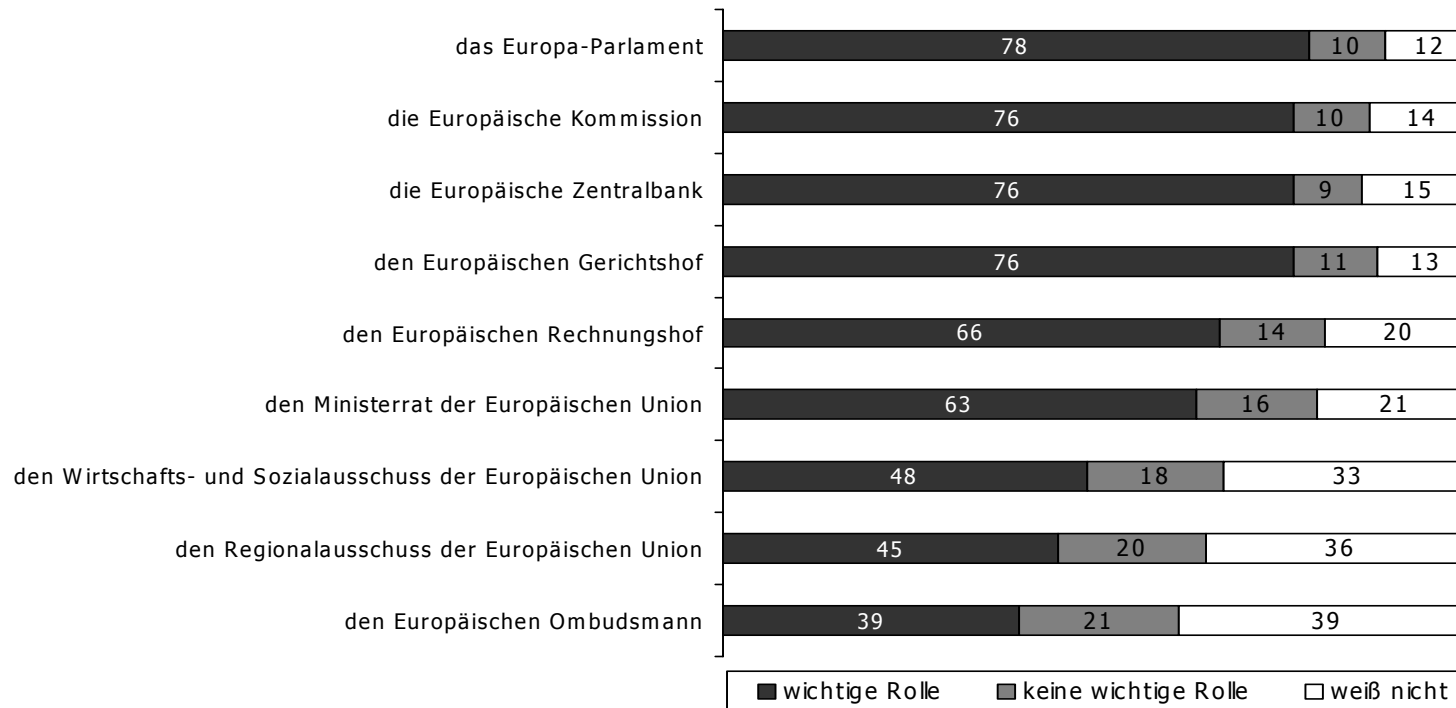
### Frage 20: Haben Sie jemals etwas gehört über ...?



Grafik 16

## Bedeutung Europäischer Institutionen

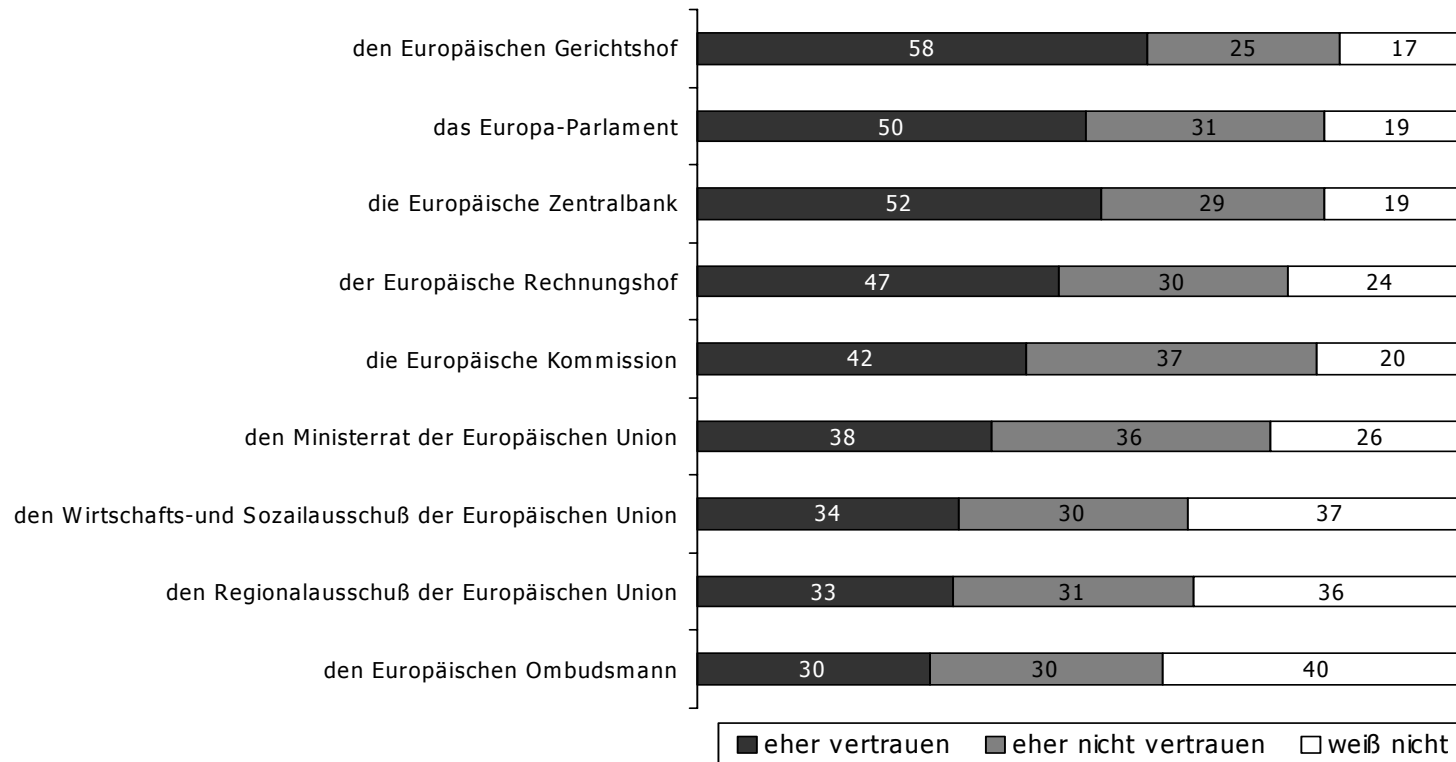
**Frage 21: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Europäischen Einrichtungen, ob sie Ihrer Meinung nach eine wichtige Rolle oder keine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt?**



Grafik 17

## Vertrauen in Europäische Institutionen

**Frage 22: Sagen Sie mir bitte für jede dieser Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen?**



Grafik 18

Vertrauen genießen speziell der Europäische Gerichtshof (58% Vertrauen, 25% Misstrauen), die Europäische Zentralbank (52% Vertrauen, 29% Misstrauen) und das Europa-Parlament (50% Vertrauen, 31% Misstrauen). Knapp die Hälfte vertrauen auch dem Europäischen Rechnungshof (47%) und etwas weniger der Kommission (42%); der Ministerrat kommt auf 38%. Etwa gleichviel Vertrauen wie Misstrauen wird dem Europäischen Ombudsmann, dem Regionalausschuss und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss entgegengebracht. Bei den meisten Institutionen fällt die Vertrauensbilanz ähnlich niedrig aus wie im Frühjahr, im Falle der Kommission hat sie sich neuerlich verschlechtert.

**Tabelle: Vertrauensbilanz 2002- 2003**

Prozentpunktdifferenz Vertrauen (+) vs. Misstrauen (-)	PPD Frühjahr 2002	PPD Herbst 2002	PPD Frühjahr 2003	PPD Herbst 2003
<b>Europäischer Gerichtshof</b>	+31	+42	+34	+33
<b>Europäische Zentralbank</b>	+21	+36	+22	+23
<b>Europa-Parlament</b>	+14	+33	+20	+19
<b>Europäischer Rechnungshof</b>	+14	+28	+20	+17
<b>Europäische Kommission</b>	+4	+22	+10	+5
<b>Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU</b>	-3	+12	-1	+4
<b>Ministerrat der EU</b>	-3	+19	+4	+2
<b>Regionalausschuss der EU</b>	-5	+11	-1	+2
<b>Europäischer Ombudsmann</b>	+4	+18	-1	±0

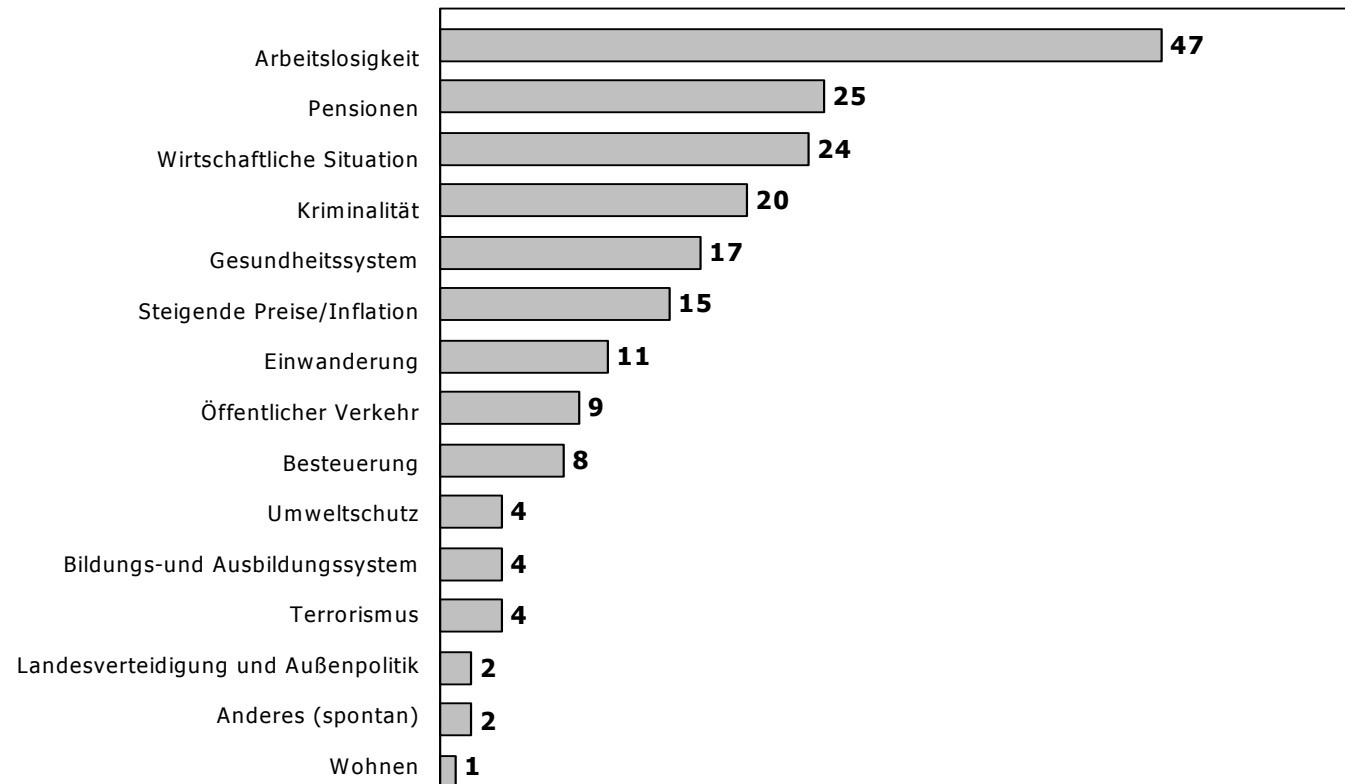
Quelle: EUROBAROMETER 57.1, 58.1, 59.1 und 60.1

Als wichtigstes Thema, dem sich Österreich stellen muss, gilt mit 47% die Arbeitslosigkeit, gefolgt von Pensionen, der wirtschaftlichen Situation und Kriminalität. Eine mittlere Wertigkeit nehmen Gesundheitssystem und steigende Preise ein, erkennbar auch Einwanderung, öffentlicher Verkehr und Besteuerung. Problematisch erscheint, dass die Rolle der EU bei den beiden Fragen, die den Österreichern am meisten unter den Nägeln brennen, überwiegend negativ (Arbeitslosigkeit) bzw. irrelevant bis negativ (Pensionen) gesehen wird. Bei Wirtschaft, Kriminalitätsbekämpfung und Gesundheitssystem wird die Rolle positiver bzw. irrelevant bis positiv (Gesundheitssystem) eingeschätzt; für Inflation, Einwanderung, öffentlichen Verkehr und Besteuerung sichtbar negativ. Umgekehrt gilt die Rolle der EU bei den eher unwichtigen Themen wie Terrorismusbekämpfung, Bildungs- und Ausbildungssystem, Landesverteidigung/Außenpolitik und Wohnbau als positiv bis irrelevant, für Umweltschutz wieder negativ. Womit sich in Summe die Bewertung der Europäischen Union hinsichtlich substantieller Aufgabenerfüllung als wenig erfreulich darstellt.

## Zwei wichtigsten Themen

**Frage 26: Welche sind Ihrer Meinung nach die zwei wichtigsten Themen, denen sich Österreich stellen muss?**

Grafik 19



**Tabelle: Themenprioritäten und Rolle der EU**

In Prozent	Wichtigste Themen, denen sich Österreich zur Zeit stellen muss	EU spielt bei folgenden Angelegenheiten in Österreich eine ...			
		positive Rolle	negative Rolle	weder positive noch negative Rolle	weiß nicht
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	47	16	<b>47</b>	31	7
Pensionen	25	14	<b>34</b>	<b>39</b>	12
Wirtschaftliche Situation	24	<b>34</b>	29	29	8
Bekämpfung der Kriminalität	20	<b>40</b>	18	36	6
Gesundheitssystem	17	<b>24</b>	21	<b>44</b>	11
Steigende Preise/Inflation	15	20	<b>45</b>	28	8
Einwanderung	11	18	<b>46</b>	29	8
Öffentlicher Verkehr	9	24	<b>39</b>	31	7
Besteuerung	8	12	<b>41</b>	34	12
Bekämpfung des Terrorismus	4	<b>44</b>	20	27	10
Umweltschutz	4	25	<b>32</b>	31	12
Bildungs- und Ausbildungssystem	4	<b>31</b>	18	31	12
Landesverteidigung	} 2	<b>30</b>	18	<b>39</b>	12
Außenpolitik		<b>37</b>	19	31	12
Wohnen, Wohnbau	1	<b>21</b>	18	<b>46</b>	16

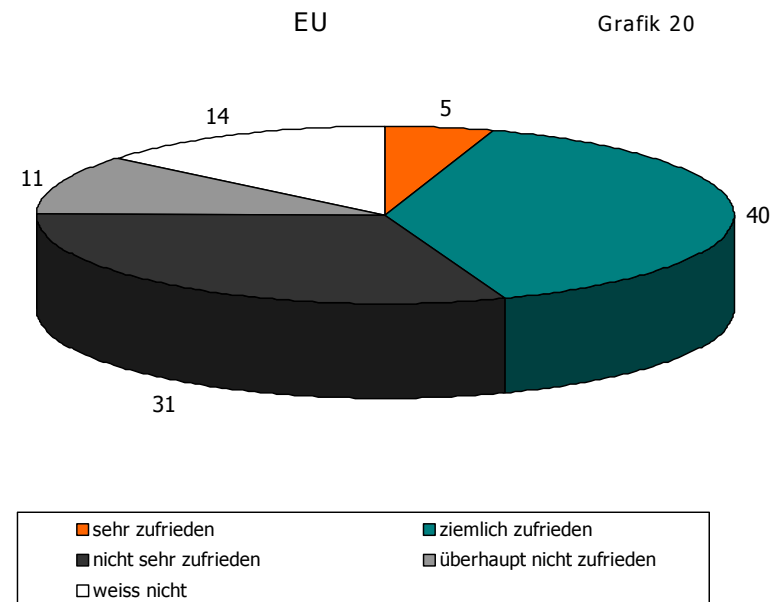
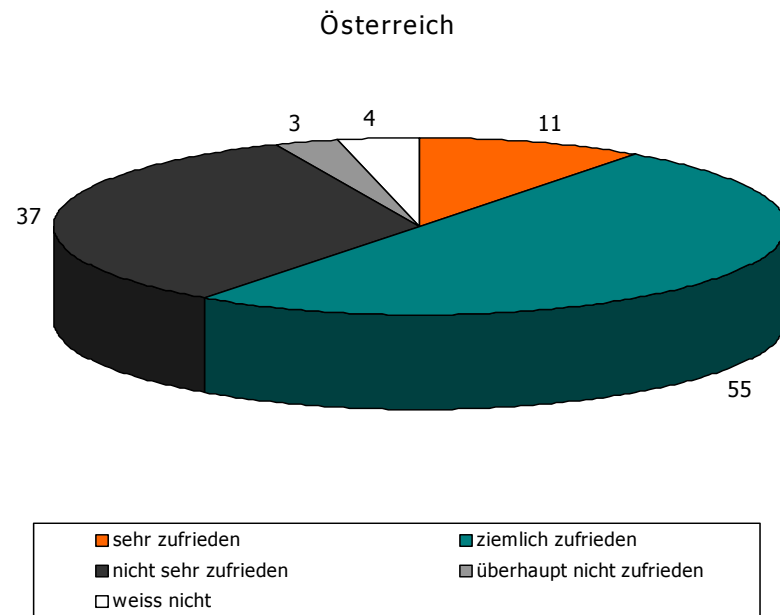
Quelle: EUROBAROMETER 60.1 (Herbst 2003)



Zwei Drittel (66%) der Österreicher sind mit der Art und Weise wie die Demokratie in Österreich funktioniert sehr (11%) oder ziemlich (55%) zufrieden, vier von zehn monieren Unzufriedenheit (37% nicht sehr, 3% überhaupt nicht zufrieden). Mit dem Funktionieren der Demokratie in Europa zeigen sich 5% sehr und 40% ziemlich zufrieden; Unzufriedenheit geben 44% zu Protokoll (31% nicht sehr, 11% überhaupt nicht zufrieden). Die Situation unterscheidet sich nicht wesentlich von der im Frühjahr. Ein Überhang an nationaler Demokratiezufriedenheit ist dabei für die Mehrheit der EU-Mitgliedsländer charakteristisch, mehr Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU findet sich überwiegend in Ländern mit geringer nationaler Demokratiezufriedenheit (Italien, Portugal, Griechenland, Ostdeutschland) und in Irland.

## Demokratiezufriedenheit

**Frage 23a+b: Sind Sie mit der Art und Weise, wie Demokratie in Österreich und in der EU funktioniert, alles in allem gesehen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?**



## Tabelle: Demokratiezufriedenheit im Vergleich

„Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise wie die Demokratie in ... funktioniert?“

Mittelwerte auf einer 4-stufigen Skala von 1,00=sehr zufrieden bis 4,00=überhaupt nicht zufrieden	eigenes Land	in der EU	Differenz*
Dänemark	3,23	2,55	+0,78
Luxemburg	2,83	2,65	+0,18
Spanien	2,83	2,78	+0,05
Irland	2,81	2,90	-0,09
Schweden	2,80	2,28	+0,52
Finnland	2,78	2,29	+0,49
Österreich	2,77	2,44	+0,33
United Kingdom	2,61	2,23	+0,38
Niederlande	2,59	2,34	+0,24
Deutschland (West)	2,57	2,43	+0,14
Belgien	2,57	2,48	+0,09
Griechenland	2,54	2,64	-0,10
Frankreich	2,53	2,34	+0,09
Deutschland (Ost)	2,19	2,24	-0,05
Portugal	2,18	2,39	-0,21
Italien	2,15	2,47	-0,32

\* positives Vorzeichen: mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land mehr zufrieden

negatives Vorzeichen: mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU mehr zufrieden

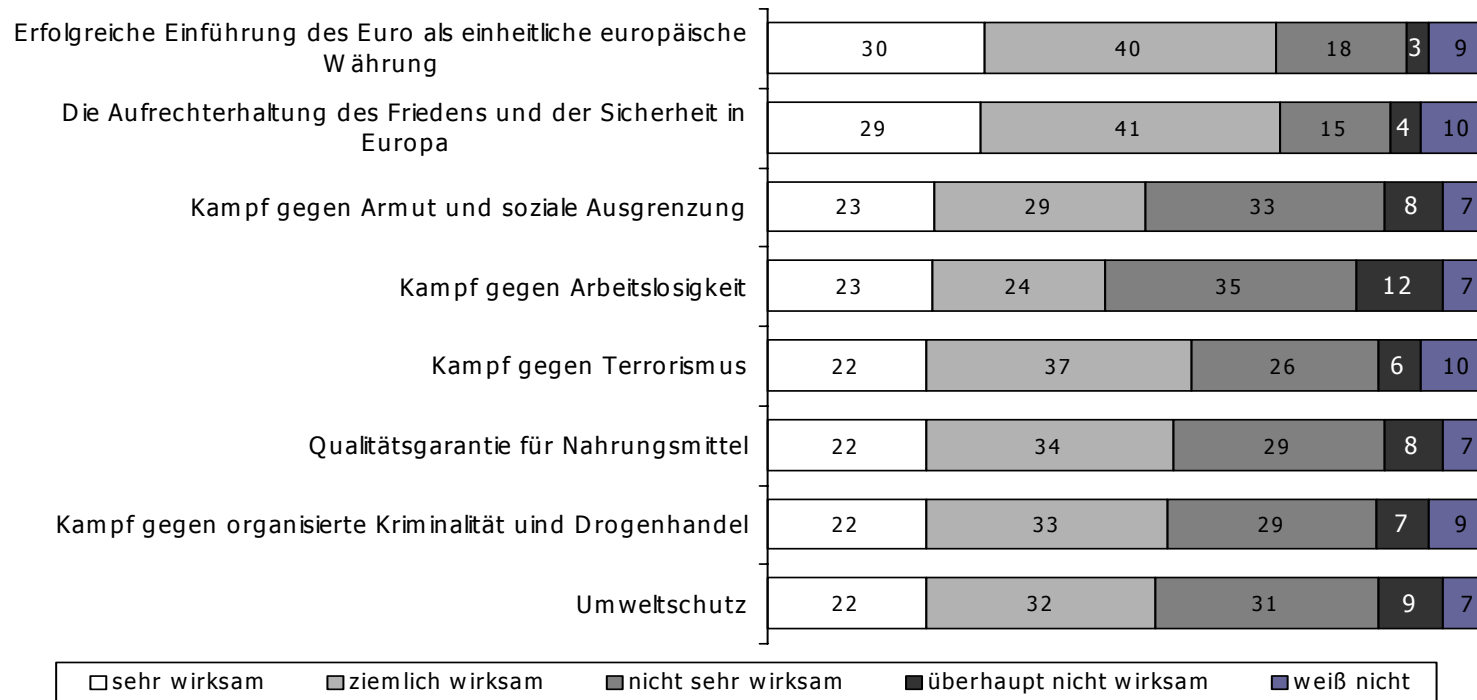
Quelle: EUROBAROMETER 60.1 (Herbst 2003)

In eine ähnliche Richtung weist der Befund, dass die Ergreifung von Maßnahmen durch die EU sehr oder ziemlich wirksam wäre in den Bereichen Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa (70%), erfolgreiche Einführung des Euro als europäische Währung (70%) und die Aufnahme neuer Mitgliedsländer (60%) sowie was die Sicherstellung der Rechte des Einzelnen, die Umsetzung der demokratischen Prinzipien in Europa (61%) und den Kampf gegen den Terrorismus (59%) betrifft. Vergleichsweise positiv fällt die Einschätzung auch im Hinblick auf die Qualitätsgarantie für Nahrungsmittel, Konsumentenschutz, Kampf gegen organisierte Kriminalität und Drogenhandel, Reform der Einrichtungen und Arbeitsweisen der EU, näheres Eingehen auf die europäischen Bürger, Umweltschutz, Kampf gegen illegale Einwanderung sowie gegen Armut und soziale Ausgrenzung aus. Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit halten einander freilich vermutete Wirksamkeit (47%) bzw. deren Gegenteil (47%) die Waage. Zudem bleibt – eine Folge der Fragestellung – im Unklaren, ob solche Maßnahmen als derzeit wirksam angesehen werden oder ob man glaubt, dass sie wirksam wären.

## Ergreifung von Maßnahmen durch EU

**Frage 31: Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob das Ergreifen von Maßnahmen durch die Europäische Union im jeweiligen Bereich Ihrer Meinung nach sehr wirksam, ziemlich wirksam, nicht sehr wirksam oder überhaupt nicht wirksam ist oder wäre.**

Grafik 21a

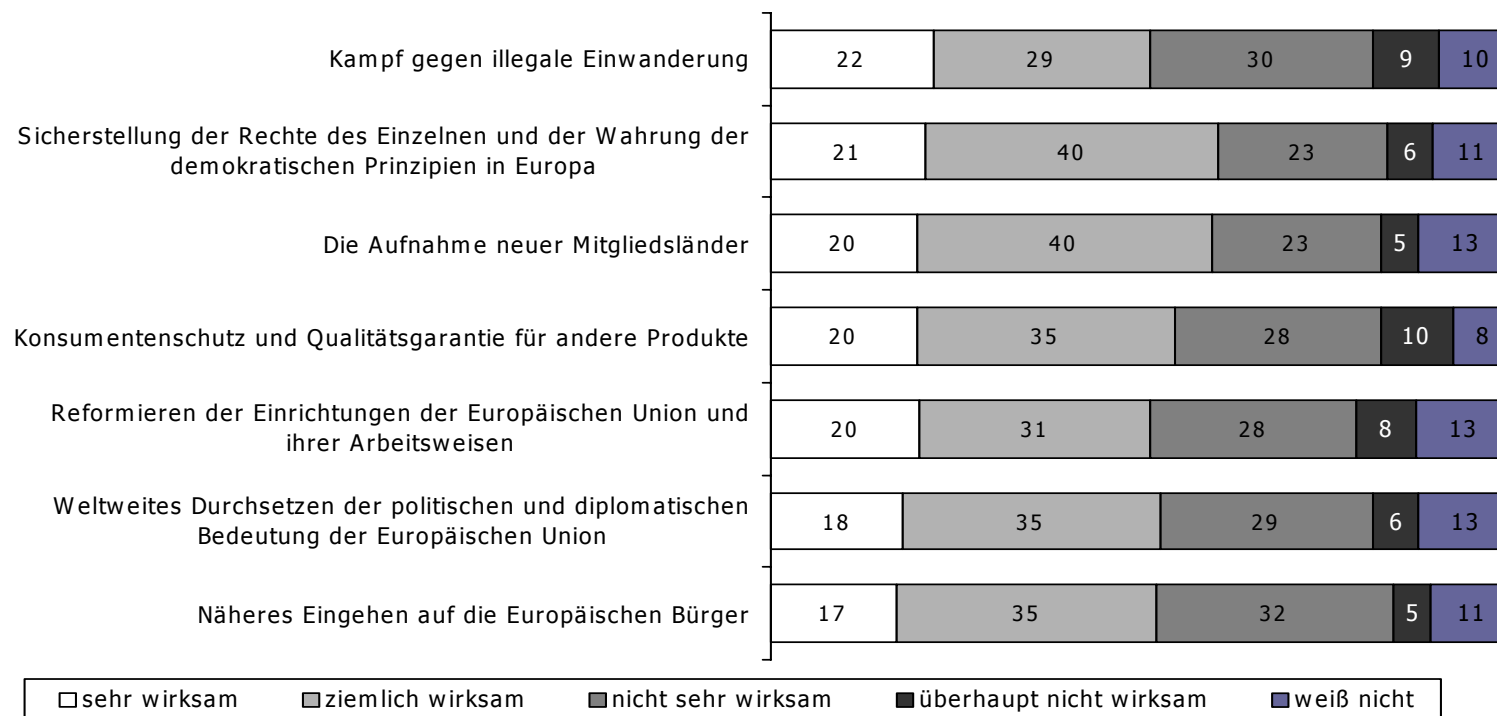


Quelle: EUROBAROMETER 60.1 - 2003

## Ergreifung von Maßnahmen durch EU

**Frage 31: Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob das Ergreifen von Maßnahmen durch die Europäische Union im jeweiligen Bereich Ihrer Meinung nach sehr wirksam, ziemlich wirksam, nicht sehr wirksam oder überhaupt nicht wirksam ist oder wäre.**

Grafik 21b



Quelle: EUROBAROMETER 60.1 - 2003

Umgekehrt schneidet die EU im Direktvergleich deutlich besser ab als die USA: Hinsichtlich des Friedens auf der Welt, des Kampfes gegen den Terrorismus und des Umweltschutzes wird die Rolle der EU mehrheitlich positiv, jene der USA mehrheitlich negativ eingeschätzt. Beim Weltwirtschaftswachstum schreiben 42% der EU eine positive, 12% eine negative Rolle zu, im Falle der USA halten sich positive und negative Wertungen ansatzweise die Waage.

Bei der Bekämpfung der Armut auf der Welt sehen die Österreicher die USA negativ (56% sehr negative Rolle), die Einschätzung der EU schwankt zwischen weder positiv noch negativ (40%) und eher positiv (34%). Auf einen kurzen Nenner gebracht: bei aller Skepsis gegen die EU in substantiellen Politikbereich, die auch das eigene Land betreffen, schreibt man ihr im Weltmaßstab doch eine viel bessere Rolle zu als den Vereinigten Staaten.

**Tabelle: Die Rolle der EU und der USA im Vergleich**

In Prozent	Rolle der EU				Rolle der USA			
	eher positiv	eher negativ	weder positiv noch negativ	weiß nicht	eher positiv	eher negativ	weder positiv noch negativ	weiß nicht
- Frieden auf der Welt	<b>53</b>	7	34	6	19	<b>56</b>	19	6
- Kampf gegen Terrorismus	<b>44</b>	10	37	8	32	<b>42</b>	20	5
- Weltwirtschaftswachstum	<b>42</b>	12	37	9	33	<b>35</b>	22	10
- Umweltschutz	<b>38</b>	20	31	10	9	<b>65</b>	19	7
- Bekämpfung der Armut auf der Welt	<b>34</b>	17	<b>40</b>	10	13	<b>56</b>	24	8

Quelle: Eurobarometer 60.1 (Herbst 2003)

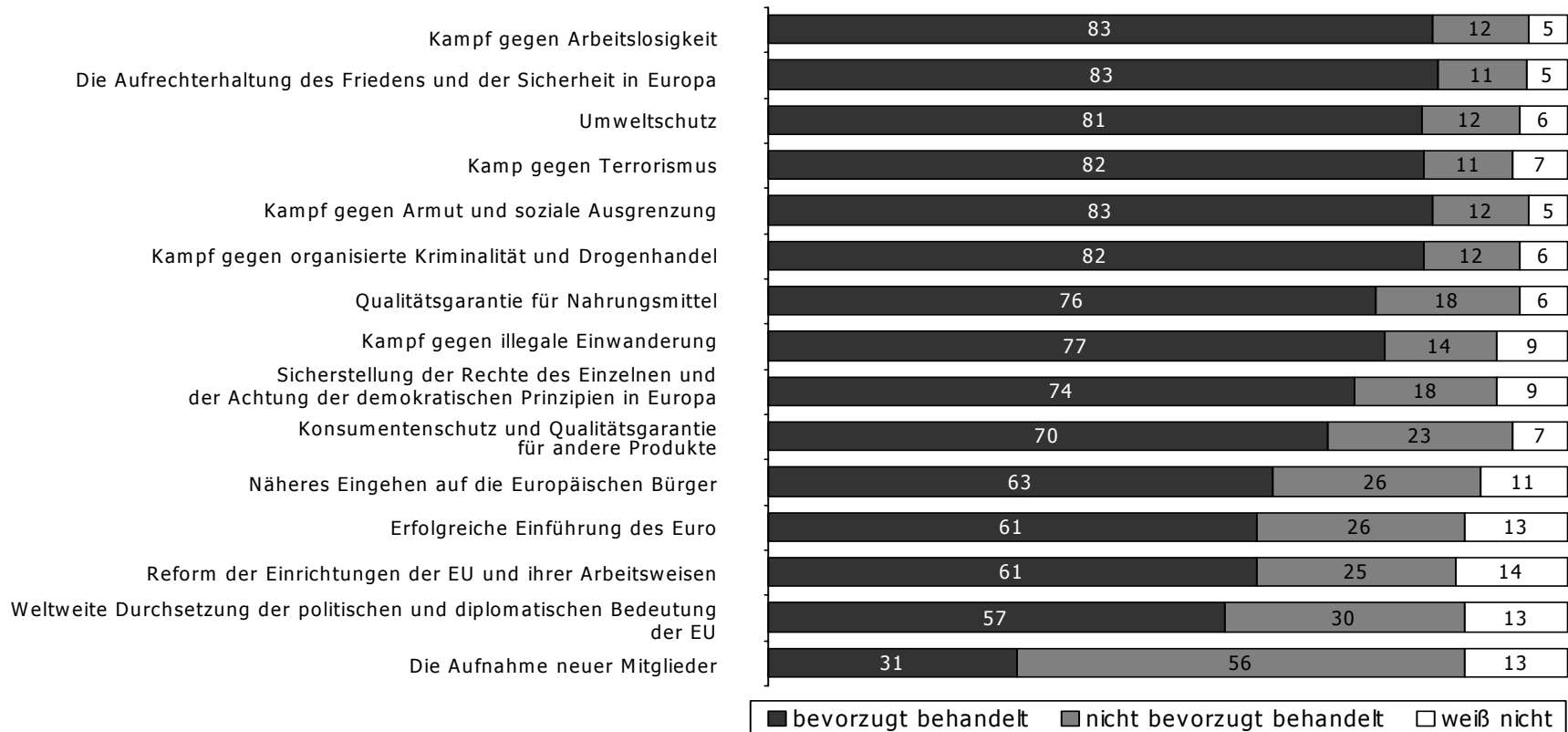


An inhaltlichen Aktivitäten der EU will man vor allem den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa, Umweltschutz, den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, den Kampf gegen Terrorismus, den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Drogenhandel, Qualitätsgarantien für Nahrungsmittel und den Kampf gegen illegale Einwanderung bevorzugt behandelt wissen. Hoher Stellenwert kommt auch der Sicherstellung der Rechte des Einzelnen und der Achtung demokratischer Prinzipien in Europa wie dem Konsumentenschutz und Qualitätsgarantien für andere Produkte zu. Es folgen ein näheres Eingehen auf die europäischen Bürger, die erfolgreiche Einführung des EURO und die Reform der EU und ihrer Arbeitsweisen; etwas schwächer die weltweite Durchsetzung der politischen und diplomatischen Bedeutung der EU. Am Ende der Prioritätenliste rangiert die Aufnahme neuer Mitgliedsländer.



## Bevorzugte Maßnahmen

**Frage 30: Ich werde Ihnen eine Reihe von Aktivitäten vorlesen, die die Europäische Union durchführen könnte. Sagen Sie mir bitte für jede einzelne Aktivität, ob diese Ihrer Meinung nach bevorzugt behandelt werden sollte oder nicht.**



Quelle: EUROBAROMETER 60.1 - 2003

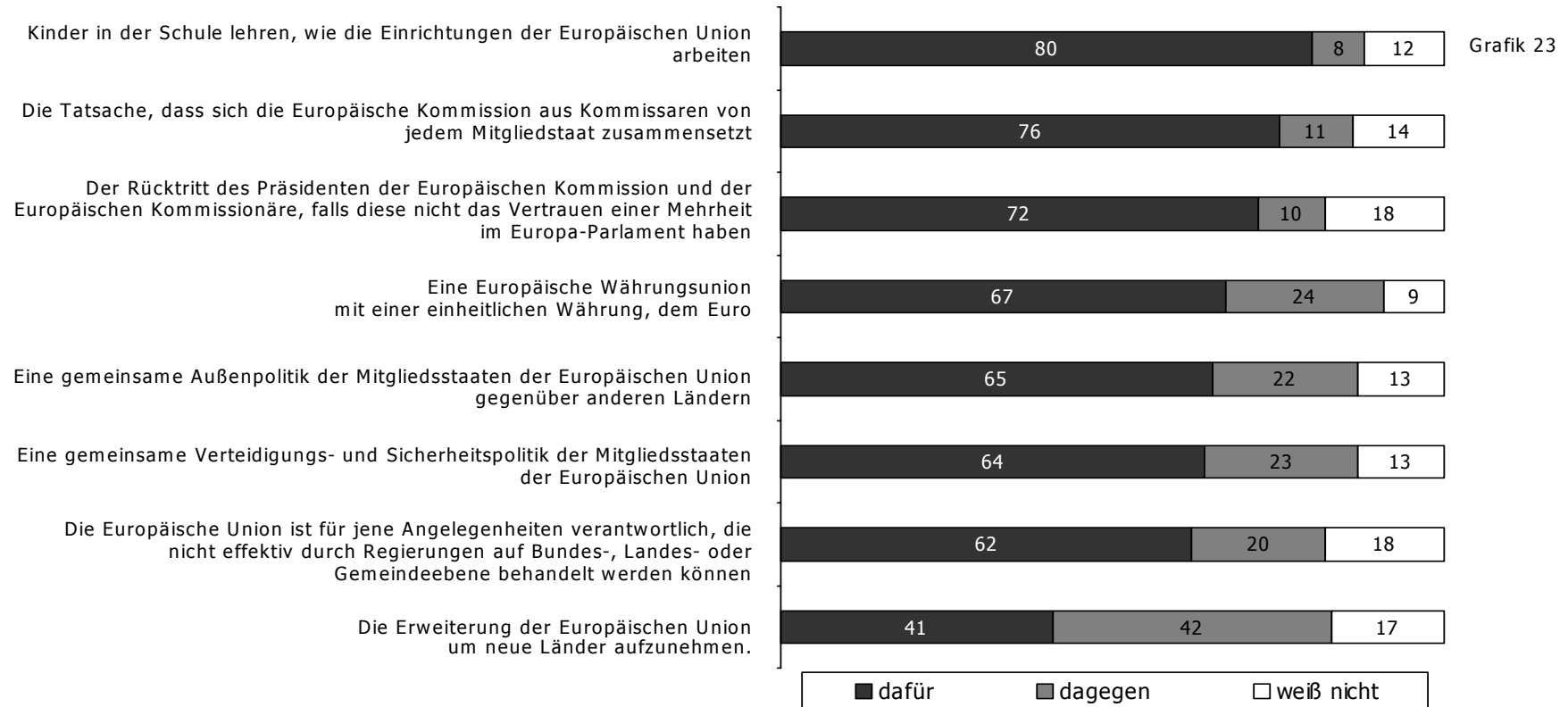
EUROBAROMETER 60.1  
Austria

80% sprechen sich dafür aus, die Kinder in der Schule zu lehren wie die Einrichtungen der EU funktionieren; Über drei Viertel wollen, dass sich die Europäische Kommission aus Kommissaren von jedem Mitgliedstaat zusammensetzt (76% dafür, 11% dagegen). 72% sind für den Rücktritt des Präsidenten der Europäischen Kommission und der Kommissare falls diese nicht das Vertrauen einer Mehrheit im Europa-Parlament haben. 67% befürworten eine Europäische Währungsunion mit einer einheitlichen Währung und 65% eine gemeinsame Außenpolitik der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber anderen Ländern. Mehrheitlich befürwortet man eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedsstaaten (64%) und die Verantwortung der EU für jene Angelegenheiten, die nicht effektiv durch die Regierungen auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene behandelt werden können (62%). Für eine Erweiterung der EU um neue Länder sprechen sich 41% der Österreicher aus, dagegen 42%.



## Vorschläge zur EU

**Frage 29: Was ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen sie mir für jeden einzelnen Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind?**



Quelle: EUROBAROMETER 60.1 - 2003

Die gewünschte Kompetenzverteilung zwischen Österreich und der EU wird wie folgt gesehen:

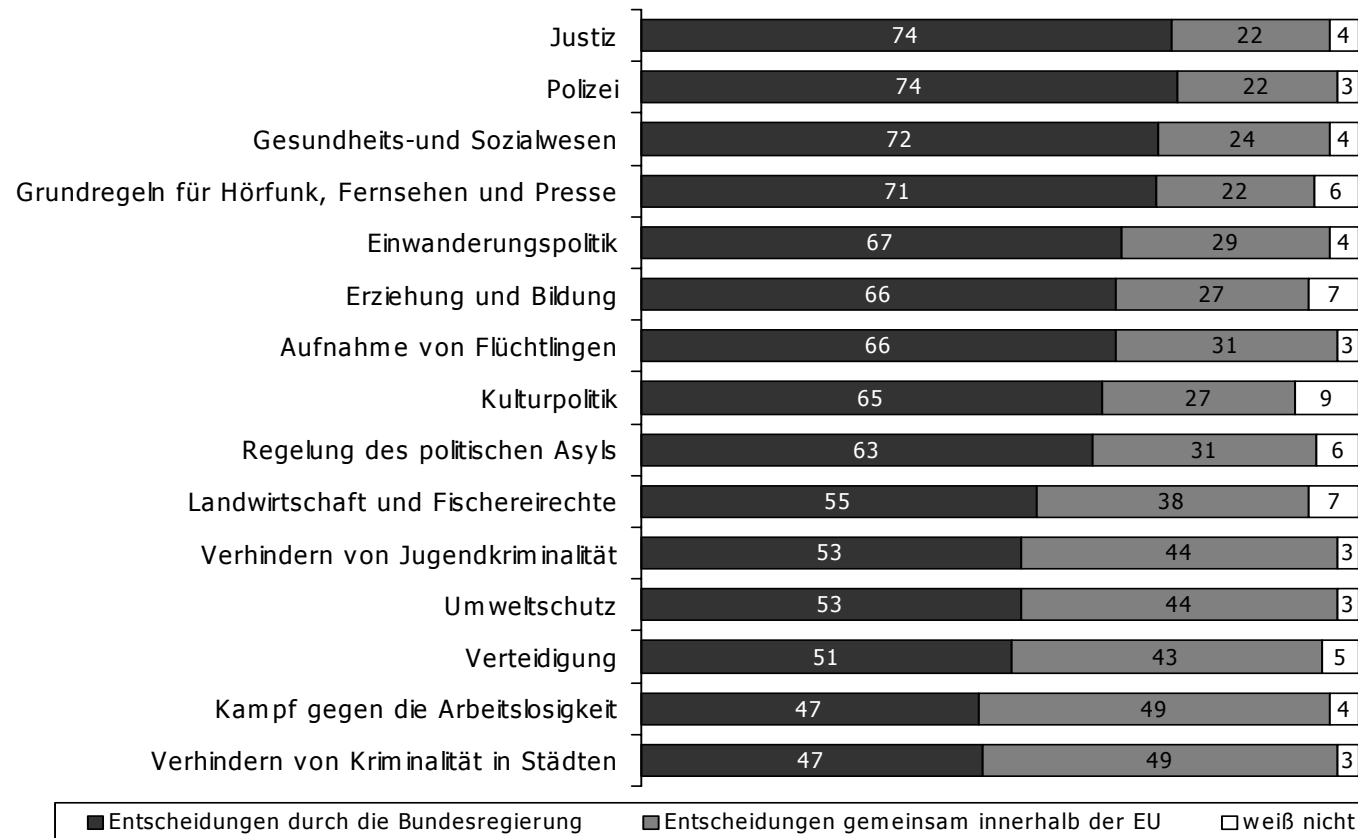
Gemeinsame Entscheidungen innerhalb der EU wünscht man mit starker Mehrheit für Kampf gegen internationalen Terrorismus, Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung von Menschen, für Informationen über die EU-Politik und Einrichtungen, Kampf gegen organisiertes Verbrechen und gegen Drogen, in Währungsfragen, für die Außenpolitik gegenüber Ländern außerhalb der EU, für Forschung in Wissenschaft und Technik, und für Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Eher gering ist die Mehrheit im Hinblick auf Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, humanitäre Hilfe und die Herausforderung welche die Überalterung der Gesellschaft mit sich bringt.

Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und das Verhindern von Kriminalität in den Städten liegen beide Varianten in etwa gleich, wobei die Rolle der EU bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stärker betont wird als im Frühjahr.

Eine Entscheidung durch die österreichische Bundesregierung wünscht man bei Umweltschutz, Verhinderung von Jugendkriminalität, Verteidigung, Landwirtschaft und Fischereirechten, Kulturpolitik, Regelung des politischen Asyls, Aufnahme von Flüchtlingen, Einwanderungspolitik, Erziehung und Bildung, Grundregeln für die Medien und Gesundheits- und Sozialwesen. Drei Viertel befürworten zudem eine nationale Zuständigkeit bei Polizei und Justiz.

## Entscheidungskompetenzen

**Frage 28a+b: Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden politischen Bereiche Ihrer Ansicht nach von der Österreichischen Bundesregierung entschieden werden sollten und welche gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollten.**



Quelle: EUROBAROMETER 60.1 - 2003

## Entscheidungskompetenzen

**Frage 28a+b: Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden politischen Bereiche Ihrer Ansicht nach von der Österreichischen Bundesregierung entschieden werden sollten und welche gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollten.**

Grafik 24b



Quelle: EUROBAROMETER 60.1 - 2003

### **3. AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK**

Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Befragten spricht sich für einen Ausbau der gemeinsamen Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik aus. Jeweils etwa drei Viertel befürworten

- eine von den USA unabhängige Außenpolitik der EU;
- die Wahrung der Menschenrechte in jedem EU-Mitgliedsland und weltweit, auch wenn dies gegen die Wünsche einiger Mitgliedstaaten bzw. anderer Länder sein sollte;
- die Vertretung eines gemeinsamen Standpunktes der EU-Mitgliedsländer im Falle einer internationalen Krise.

71% votieren für ein Mitspracherecht der neutralen Mitgliedsländer in der EU-Außenpolitik, eine Ansicht, die auch von den meisten nicht-neutralen Mitgliedsländern geteilt wird. 70% sind für eine gemeinsame Einwanderungspolitik der EU für Menschen aus Nicht-EU-Ländern. Etwa zwei Drittel sprechen sich aus für

- einen eigenen Sitz der EU im UNO-Sicherheitsrat;
- eine gemeinsame Asylpolitik.

Etwas geringer fällt die Zustimmung für eine schnelle militärische Einsatztruppe der EU für den raschen Einsatz in Krisengebieten (62% Zustimmung, 23% Ablehnung) und für einen gemeinsamen Außenminister aus (61% zu 22%) und nur 35% wollen den Beitrittsländern 2004 schon jetzt ein Mitspracherecht in der EU-Außenpolitik einräumen.

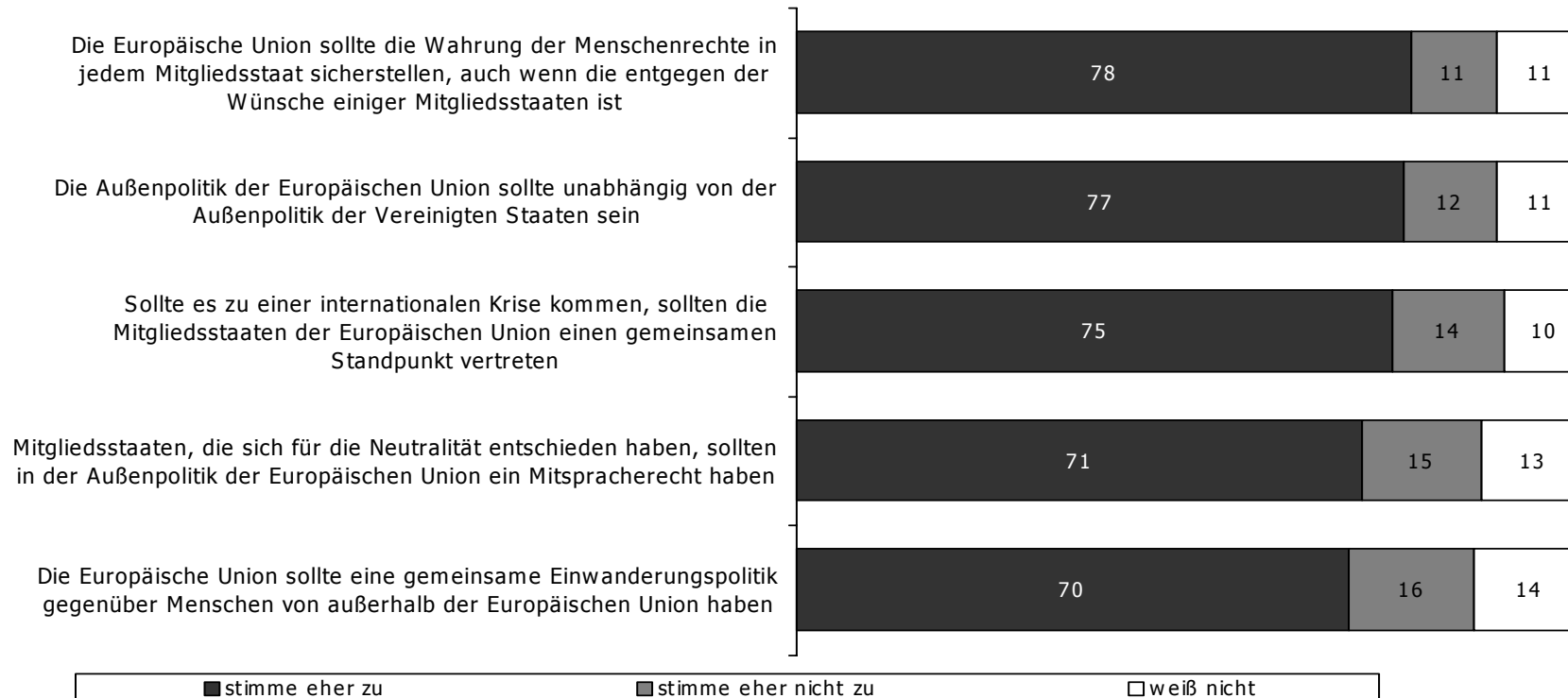
Entscheidungen über die Europäische Verteidigungspolitik will man vor allem von der EU getroffen wissen (40%), 36% bevorzugen die nationalen Regierungen. Nur 9% möchten die Entscheidungskompetenz bei der NATO wissen.



## Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

**Frage 32: Die Europäische Union hat bereits eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik und eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es gibt nun eine Diskussion darüber, in welchem Ausmaß diese Einrichtungen noch ausgebaut werden sollen. Stimmen Sie den folgenden Aussagen eher zu oder eher nicht zu?**

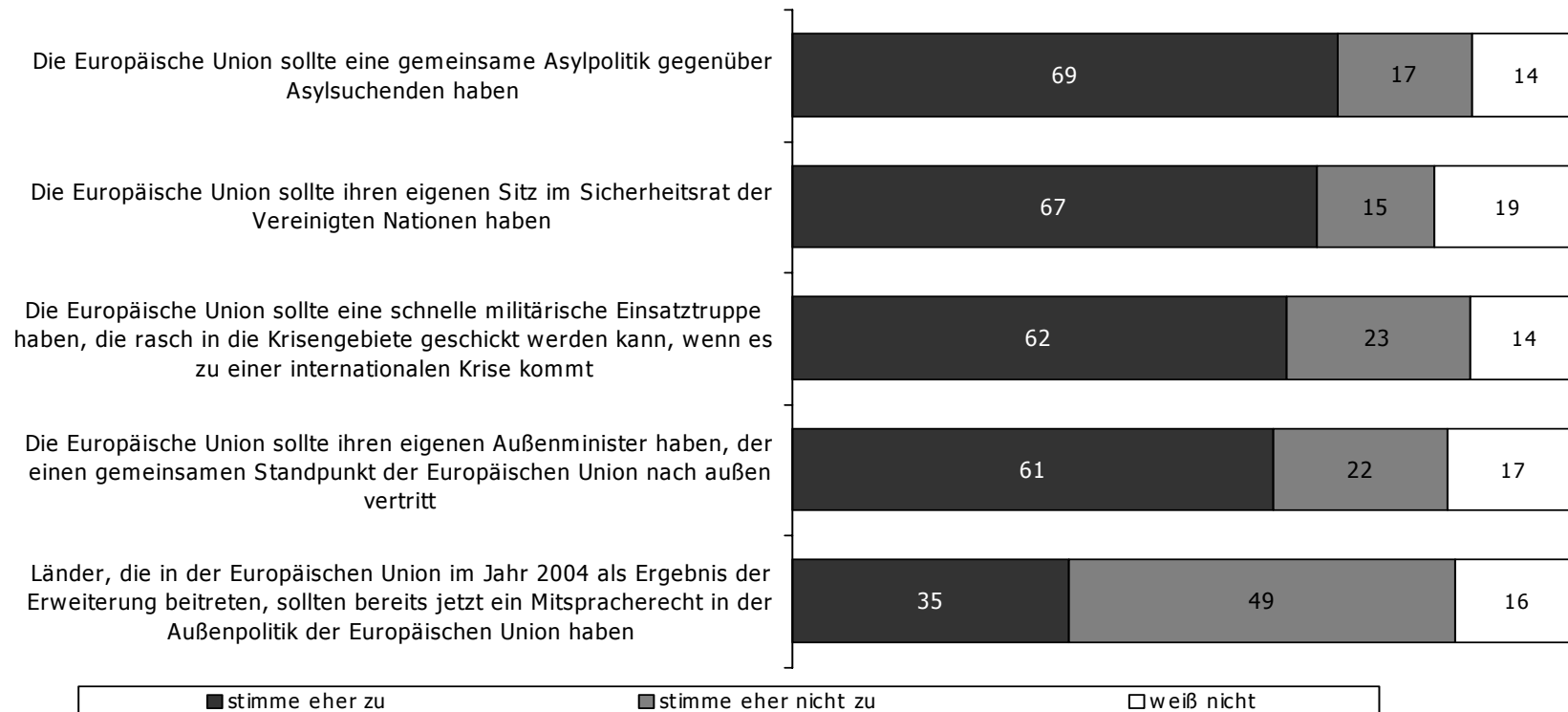
Grafik 25a



## Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

**Frage 32: Die Europäische Union hat bereits eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik und eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es gibt nun eine Diskussion darüber, in welchem Ausmaß diese Einrichtungen noch ausgebaut werden sollen. Stimmen Sie den folgenden Aussagen eher zu oder eher nicht zu?**

Grafik 25b



#### 4. VERFASSUNG UND SPIELREGELN

Wie in den Vorjahren befürworten zwei Drittel (64%) der österreichischen Befragten, dass die Europäische Union eine Verfassung haben sollte, die gegenteilige Ansicht vertreten nur 6%. Ergänzend sei allerdings festgehalten, dass die Daten zu einem Zeitpunkt erhoben wurden, als das Scheitern der Verhandlungen über die Verfassung (Dezember 2003) noch nicht absehbar war. Zudem hat sich die Meinung der Österreicher in einigen Streitfragen vom Vorschlag des Konvents unterschieden (man möchte etwa einen stimmberechtigten Kommissar für jedes Land) bzw. wurde nicht erhoben. Die vorliegenden Ergebnisse erlauben also keine Aussage darüber, ob die Österreicher eine Verfassung nach dem Konventsentwurf befürworten oder eher einen verfassungslosen Zustand anstelle dieser Vorschläge vorziehen würden.

Hinsichtlich des Wahlmodus für den Präsidenten der Europäischen Kommission votieren 34% für eine Direktwahl durch die EU-Bürger, 17% für eine Wahl durch das Europa-Parlament und 16% wünschen eine Nominierung durch die Staats- und Regierungschefs. 17% bevorzugen eine Mischform (Wahl durch Parlament und Staats- und Regierungschefs). Die Sympathie für eine Direktwahl ist seit dem Frühjahr von 25% auf 34% angestiegen, die Varianten Wahl durch das Europäische Parlament (Frühjahr: 23%) und ausschließlich durch die Staats- und Regierungschefs (Frühjahr: 21%) werden seltener genannt.

Das nationale Vetorecht bei den wichtigsten und heikelsten Entscheidungen sollte nach Ansicht von 62% beibehalten werden, um wesentliche nationale Interessen zu schützen; 20% wollen eine Beschränkung des Veto-Rechtes auf einige wichtige Bereiche und 6% wollen es generell abgeschafft wissen, um die EU effizienter zu machen. Die Österreicher zählen zu den stärksten Befürwortern des Vetorechts, das generell speziell in den kleineren Mitgliedsstaaten geschätzt wird. Freilich gibt es in keinem Land eine Mehrheit für die Aufgabe des Vetorechtes.

Hinsichtlich der Frage des Ratsvorsitzes wollen 44% eine Beibehaltung des derzeitigen Modus, wonach alle 6 Monate der Vorsitz gewechselt wird, um jedem Mitgliedsstaat die Möglichkeit zu geben, regelmäßig die Präsidentschaft zu übernehmen, 36% befürworten eine Verlängerung der Zeit der Präsidentschaft, da 6 Monate zu kurz sind, um wesentliche Entscheidungen zu erzielen (20% keine Angabe). Im Schnitt der EU-15 stellt sich das Meinungsbild spiegelverkehrt dar, eine Mehrheit für die 6-Monate-Rotation findet sich außer

EUROBAROMETER 60.1  
Austria

in Österreich noch in Dänemark und Finnland, in einigen Ländern (Spanien, United Kingdom, Irland) äußern sich ein Drittel oder mehr nicht zu dieser Frage.

## 5. SONDERTHEMEN

Die Österreicher setzen viel Vertrauen in die staatlichen Institutionen (Polizei, Justiz, Rechtssystem, öffentliche Verwaltung), ferner in das Bundesheer und die elektronischen Medien sowie in Wohltätigkeits- und ehrenamtliche Organisationen. Mehr Vertrauen als Misstrauen bekundet man auch für die UNO, sowie ansatzweise für die Printmedien. Beim Nationalrat halten Vertrauen und Misstrauen einander die Waage. An einem leichten Vertrauensdefizit laboriert die Bundesregierung, die religiösen Institutionen und die Gewerkschaft, an einem starken Defizit die EU, große Firmen und vor allem die politischen Parteien. Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-15 bringt man den meisten staatlichen Institutionen und den Medien, aber auch den wettbewerbsorientierten politischen Institutionen mehr Vertrauen entgegen, der EU hingegen weniger.

Im Vergleich zum Frühjahr 2002 haben in Österreich Justiz und Parteien an Vertrauen verloren, die UNO, Gewerkschaft und große Firmen gewonnen. Im EU-Durchschnitt verzeichnen die meisten Institutionen Vertrauensverluste, speziell die meisten nationalen Regierungen und Parlamente, die Medien und die Justiz.

## Tabelle: Institutionenvertrauen im EU-Vergleich

„Nun eine Frage über das Vertrauen in bestimmte Institutionen. Ich lese Ihnen Institutionen vor und Sie sagen mir für jede einzelne, ob Sie ihr eher vertrauen oder ob Sie ihr eher nicht vertrauen.“

In Prozent	Österreich					
	vertrauen	nicht vertrauen	weiß nicht	PPD 2002	PPD 2003/1	PPD 2003/2
• <b>Polizei</b>	73	21	6	+54	+54	+52
• <b>Justiz/nationales Rechtssystem</b>	67	26	8	+43	+46	+41
• <b>Fernsehen</b>	67	29	5	+32	+39	+38
• <b>Radio</b>	66	29	5	+33	+37	+37
• <b>Bundesheer (Streitkräfte)</b>	64	24	12	+39	+37	+40
• <b>Wohltätigkeits- oder ehrenamtliche Organisationen</b>	56	32	12	+30	+36	+24
• <b>UNO</b>	50	36	14	+15	+7	+14
• <b>Presse</b>	48	43	8	+4	+2	+5
• <b>österreichischer Nationalrat (nationales Parlament)</b>	43	45	12	+15	-1	-2
• <b>österreichische Bundesregierung (nationale Regierung)</b>	40	51	9	+5	-4	-6
• <b>religiöse Institutionen</b>	44	49	7	-4	-9	-4
• <b>Gewerkschaften</b>	43	47	10	-10	-10	-4
• <b>Europäische Union</b>	36	52	13	-6	-14	-16
• <b>große Firmen</b>	36	53	12	-19	-23	-17
• <b>politische Parteien</b>	19	72	8	-40	-50	-53

Quelle: EUROBAROMETER 60.1, Herbst 2003

Politische Diskussionen mit Freunden werden von 16% häufig und 63% gelegentlich geführt, 19% halten private Kontakte von politischen Themen frei. Andererseits zeigt man sich eher zurückhaltend, wenn es darum geht Freunde, Verwandte oder Arbeitskollegen von der eigenen Meinung, auf die großen Wert gelegt wird, zu überzeugen: 11% tun dies häufig, 39% von Zeit zu Zeit, 31% selten und 16% niemals.

Eine abschließende Bemerkung noch zu der „ideologischen Orientierung“ der Österreicher. Die Österreicher erweisen sich als im EU-Vergleich überaus zurückhaltend, was die Selbstbeurteilung auf der rechts-links Skala betrifft: 32% machen dazu keine Angabe, 33% ordnen sich selbst den beiden mittleren Positionen (5 oder 6 auf einer 10-stufigen Skala) zu, 18% links und 17% rechts davon. Diese hohe no-response Rate dürfte damit zu tun haben, dass der verwendeten Skala ein „natürlicher Mittelwert“ fehlt – österreichische Untersuchungen der letzten Jahre, die Skalen mit „natürlicher Mitte“ verwenden, zeigen eine Allokation von 50-60 Prozent der Befragten in der Mitte des politischen Spektrums und eine weit geringere no-response Rate. Was den Schluss nahe legt, dass ein Teil der sich der Mitte zugehörig Fühlenden beim Fehlen einer solchen Antwortmöglichkeit auf eine Selbstpositionierung verzichten. Darüber hinaus fällt auf, dass die beiden Extrempole der Skala (1 = links und 10 = rechts) geringer besetzt sind als im europäischen Durchschnitt. Eine ideologische Polarisierung ist jedenfalls auf Seiten der Bevölkerungsebene in Österreich nicht erkennbar.

Mit dem Leben, das sie führen, zeigen sich 24% der Österreicher sehr und 58% eher zufrieden, 12% sind nicht sehr und 2% überhaupt nicht zufrieden. Die allgemeine Lebenszufriedenheit in Österreich ist im Zeitverlauf sehr stabil und liegt etwas über dem EU-Schnitt. Außenereignisse haben darauf offenbar nur geringen Einfluss.

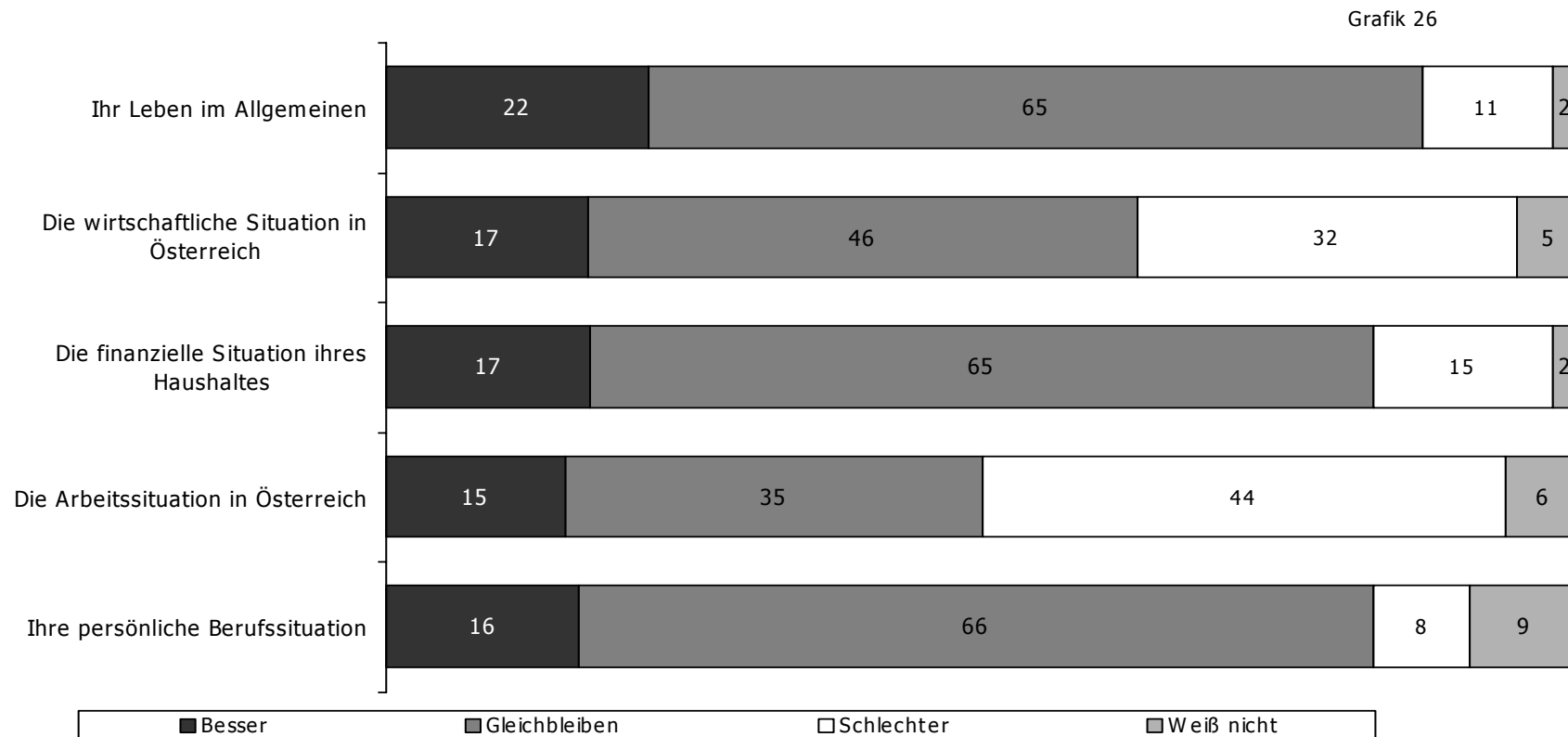
Für das kommende Jahr 2004 erwarten sich jeweils ca. zwei Drittel keine Veränderung für ihr Leben im allgemeinen und für ihre persönliche Berufssituation; wo Veränderungen erwartet werden eher solche zum Positiven. In Bezug auf die finanzielle Situation des Haushaltes der Befragten vermuten gleichfalls zwei Drittel ein Gleichbleiben, 17% eine Verbesserung, 15% eine Verschlechterung. Diese vergleichsweise konstant bis leicht optimistisch gefärbte Sicht der persönlichen Verhältnisse kontrastiert mit der Einschätzung der allgemeinen Perspektive für Österreich: 44 % befürchten eine Verschlechterung der Arbeits(markt)situation in Österreich (35% gleichbleibend, 15% Verbesserung), 32% eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im Land (46% gleichbleibend, 17% Verbesserung). In allen Fällen ist die Erwartungslage aber positiver als Ende 2001.





## Zukunftsperspektiven 2004

**Frage 5: Welche Erwartungen haben Sie an das kommende Jahr? Wird 2004 besser, schlechter oder gleich bleiben, wenn Sie an die folgenden Dinge denken:**



Quelle: EUROBAROMETER 60.1 - 2003

EUROBAROMETER 60.1  
Austria